

Dienel, Hans-Liudger; Schophaus, Malte; Wilpert, Czarina

Working Paper

Wissenschaftliche Debatten über die Zukunft der Wissensgesellschaft, der mobilen Gesellschaft, der multikulturellen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft: Überblicksstudie

Arbeitspapier, No. 46

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Dienel, Hans-Liudger; Schophaus, Malte; Wilpert, Czarina (2001) :
Wissenschaftliche Debatten über die Zukunft der Wissensgesellschaft, der mobilen Gesellschaft,
der multikulturellen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft: Überblicksstudie, Arbeitspapier, No. 46,
Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/116505>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hans-Liudger Dienel • Malte Schophaus • Czarina Wilpert

*Wissenschaftliche Debatten über
die Zukunft der Gesellschaft*

Wissenschaftliche Debatten über die Zukunft der Wissensgesellschaft, der mobilen Gesellschaft, der multikulturellen Gesellschaft und der Zivilgesell- schaft

Überblicksstudie

Hans-Liudger Dienel, Malte Schophaus, Czarina Wilpert

Dr. Hans-Liudger Dienel, Malte Schophaus und Dr. Czarina Wilpert arbeiten am nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung: www.nexus-berlin.com

und am

Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin,
Hardenbergstraße 4-5, 10623 Berlin, www.ztg.tu-berlin.de

Impressum

Herausgeber:

Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 77 78-108

Fax: (02 11) 77 78-283

E-Mail: Erika-Mezger@boeckler.de

Redaktion: Dr. Erika-Mezger, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung

Best.-Nr.: 11046

Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Produktion: Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, Oktober 2001

DM 12,50 / € 6,39

Inhalt

1. Einleitung: Ziel und Zweck der Studie	7
2. Die Wissensgesellschaft als Beschleunigungsgesellschaft	9
3. Zukunft der mobilen Gesellschaft	25
4. Zukunft der Zivilgesellschaft und des Gemeinsinns	31
5. Multikulturelle Gesellschaft und Migration: Vielfalt und Segregation	35
6. Schlussfolgerungen	43
7. Ausgewählte Literatur	45
Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	51

Geleitwort

Im Zeichen des Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft sind Zukunftsfragen aus guten Gründen fester Bestandteil der gesellschaftspolitischen, gewerkschaftspolitischen und wissenschaftlichen Diskussion geworden. Die Debatten folgen nicht nur der verständlichen Neugier, wissen zu wollen, was uns die nahe oder ferne Zukunft beschert. Vielmehr sind sie durch den Anspruch motiviert, bedeutsame gesellschaftliche Entwicklungen rechtzeitig erkennen und erklären, steuern und beeinflussen zu können.

Prozesse gesellschaftlichen Wandels treffen selten alle gleich. Je nach Geschlecht, Alter, Qualifikation, Beruf und anderen Merkmalen beinhalten sie neue Risiken und Chancen. Zukunftsdebatten zielen nicht zuletzt darauf, diese Differenzen rechtzeitig wahrzunehmen und einen sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Für eine aktive, dialogorientierte und solidarische Zukunftsgestaltung sind Zukunftsdebatten deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil.

Die Hans-Böckler-Stiftung und die Otto-Brenner-Stiftung haben das gemeinsame Ziel, den gesellschaftlichen Zukunftsdiskurs und insbesondere die Suche der Gewerkschaften nach tragfähigen Zukunftskonzepten zu begleiten. Die besondere Aufgabenstellung beider Stiftungen liegt darin, wissenschaftliche Analyse gesellschaftspolitischen Debatten und politischen Entscheidungsprozessen zugänglich zu machen sowie einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft und politischer Praxis zu befördern.

Um diesem Anspruch auch mit Blick auf den aktuellen Zukunftsdiskurs gerecht zu werden, der in den Gewerkschaften insgesamt geführt wird und der in der neuen Zukunftsdebatte der IG Metall ein Forum hat, hat die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit der Otto-Brenner-Stiftung wissenschaftliche Expertisen initiiert und gefördert. Sie sollen gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über Umfang und Tiefe beobachtbarer gesellschaftlicher Veränderungsprozesse überblicksartig zusammenstellen und damit Orientierungswissen für politische Reform- und Entscheidungsprozesse liefern.

Acht Forschungsteams haben fünf Schlüsselthemen des Zukunftsdiskurses bearbeitet: *„Zukunft der Arbeit“*, *„Zukunft der Gewerkschaften“*, *„Zukunft der Wirtschaft“*, *„Zukunft der Gesellschaft“* und *„Zukunft der Politik“*. Die Studien, die in sehr kurzer Zeit entstanden sind, erheben nicht den Anspruch, die umfangreichen Themenstellungen in ihrer gesamten Breite abzudecken. Dennoch wollen sie einen Einblick in zentrale Sichtweisen und Argumentationsstränge geben, wie sie im Wissenschaftsdiskurs verhandelt werden.

Ein Arbeitskreis der Otto-Brenner-Stiftung hat die Entstehung der Studien kritisch und konstruktiv begleitet. Die Hans Böckler Stiftung veröffentlicht die Expertisen in ihrer Reihe *„Arbeitspapiere“*. Nicht jede referierte Position wird widerspruchsfrei bleiben. Doch wenn die Studien ein Anreiz – vielleicht auch ein Stachel – sind, den Zukunftsdiskurs zu bereichern und zu intensivieren, dann haben sie aus Sicht der beiden Stiftungen ihren Zweck erfüllt.

Prof. Dr. Heide Pfarr
Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Klaus Lang
Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung

Die Überblicksstudie skizziert wissenschaftliche Debatten zur zukünftigen Entwicklung in vier Themenfeldern zur Zukunft der Gesellschaft: zum einen Veränderungen im Bereich von Wissen und Mobilität und zum zweiten in den Bereichen Multikulturalität und Demokratie. Zu dem letztgenannten Bereich sei auch auf die Überblicksstudie zur Zukunft der Politik hingewiesen, die ausführlich die Debatten zur Zukunft zivilgesellschaftlicher Strukturen schildert. Diese Studie kann sich daher auf einen knapp gehaltenen Überblick über die wissenschaftliche Rezeption und Deutung der zivilgesellschaftlichen Leitbilddiskussion (unter den Begriffen des Gemeinwohls und Gemeinsinns) beschränken. Die Studie schließt mit Thesen zu möglichen Handlungsansätzen für die Arbeit von NGOs. Sie ist in sechs Abschnitte gegliedert:

1. Einleitung: Ziel und Zweck der Studie

Eine Debatte zur Zukunft der bundesrepublikanischen Gesellschaft muss auf die parallel laufenden wissenschaftlichen Diskurse Bezug nehmen, sie aufgreifen, integrieren und zu beeinflussen suchen. Die Überblicksstudie will Akteure, Schwerpunkte, Abgrenzungsbewegungen und Trends in vier disziplinären und disziplinübergreifenden Debatten – zur Zukunft der Wissensgesellschaft, mobilen Gesellschaft, Zivilgesellschaft und multikulturellen Gesellschaft – identifizieren, typologisieren und interpretieren.

Alle vier hier zu untersuchenden wissenschaftlichen Debatten sind seit Jahren ein Schwerpunkt politik-, planungs- und sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. Wissenschaftliche Mehrheitspositionen und Interessenschwerpunkte verändern sich derzeit dynamisch und sind deutlich beeinflusst von parallelen gesellschaftspolitischen Entwicklungen. So thematisierten die Debatten zur Zukunft der Zivilgesellschaft einerseits Ehrenamt, Verantwortung und Verantwortlichkeit, partizipative Elemente und Defizite im Steuerungssystem der Gesellschaft, entfalten dabei aber implizit Subdebatten über die Eingrenzung und Neupositionierung staatlicher Aufgaben und Funktionen und die Ablösung der Jurisprudenz durch die Ökonomie als Leitwissenschaft des Verwaltungshandelns. Die Debatten zur Zukunft der Wissensgesellschaft thematisieren den Bedeutungsgewinn der Ressource Wissen mit ihren sozialen und ökologischen Chancen und Risiken. Auf der einen Seite ermöglichen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-T) den weltweiten Zugang und Austausch von Wissen. Auf der anderen Seite erörtern die Debatten zu Ökobilanzen, ungleichem Zugang zu Wissen und Bildung und zu informationstechnologisch gesteuerten Kontrollmechanismen die Gefährdung der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Selbstbestimmung. Die Debatten zur mobilen Gesellschaft beschäftigen sich mit der Annäherung von individuellem und öffentlichem Verkehr. Die Ausdifferenzierung individueller und fokusgruppenspezifischer Bedürfnisse nach Mobilität stellt neue Anforderungen an integrierte Mobilitätskonzepte. Die Debatten zur Zukunft der multikulturellen Gesellschaft werden durch die Verschiebung des Selbstverständnisses der bundesrepublikanischen Gesellschaft als Einwanderungsland geprägt.

Die vier wissenschaftlichen Debatten werden parallel beschrieben und interpretiert. Dazu gehört jeweils in einem ersten Schritt die Identifikation der Orte und Akteure der Debatte, sodann der inhaltlichen Schwerpunkte und Kernaussagen und abschließend eine gewichtende Interpretation.

In den Schlussfolgerungen werden die Ergebnisse der Studie handlungsorientiert aufbereitet.

Die Studie beschränkt sich nicht auf eine Dokumentation des Forschungsstands in den vier skizzierten Debatten sondern liefert eine aufbereitete Zusammenfassung gegenwärtiger Forschungstrends. Hier gibt es noch erheblichen Forschungsbedarf. Die Studie fußt auf wissenschaftlichen Debatten in Zeitschriften, Monographien und Tagungen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den wissenschaftlichen Debatten im Grenzgebiet zu gesellschaftspolitischen Debatten gewidmet, etwa den Leitbilddiskussionen großer Institutionen und den Diskussionen in den einschlägigen Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages.

Eine Analyse der wissenschaftlichen Debatten zur Zukunft der Gesellschaft muss Schwerpunkte setzen. Wir orientieren uns in unserem analytischen Blick auf vier Bereiche, zwei, in denen der gesellschaftliche Wandel eher von technischer Seite angeregt bzw., schärfer ausgedrückt, erzwungen wird (Wissensgesellschaft und mobile Gesellschaft) und zwei weitere Bereiche eines eher kulturellen Wandels in der Gesellschaft (multi-kulturelle Gesellschaft, Zivilgesellschaft). Diese vier Bereiche können aber den gesellschaftlichen Wandel insgesamt bestenfalls exemplarisch in seinen Dimensionen abstecken aber nicht abbilden. Der Wandel von Jugendkulturen, Musikkulturen oder die mit der Verschiebung der Alterspyramide verbundenen Veränderungen etwa werden nicht explizit thematisiert. Deshalb lohnt zu Beginn der Untersuchung der vergleichende Blick auf die thematische Auswahl anderer, früherer Debatten zur Zukunft der Gesellschaft.

Dazu hilft ein Vergleich der Zukunftsdebatte mit früheren Zukunftsdiskussionen. Beginnen wir bei der Zukunftsdiskussion der IG Metall zu Beginn der 70er Jahre. Die damalige, ähnlich groß angelegte Diskussion stellte das individuelle, gerade auch private Lebensumfeld des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung. So dokumentierte die auf 10 Bände angelegte Dokumentation der Diskussion Lebensqualität (bezeichnenderweise Bd. 1), Gesundheit, Umwelt, Bildung und Verkehr, die Arbeitsbedingungen und die Demokratie. Die Zukunft der Wirtschaft kam dagegen indirekter, etwa als Zukunft des qualitativen Wachstums daher. Ein Ergebnis der Diskussion waren etwa die prägenden (forschungs-)politischen Initiativen zur Humanisierung der Arbeitswelt.

Demgegenüber ist der thematische Zuschnitt in der neuen Zukunftsdebatte der IG Metall wirtschaftsorientierter, politikorientierter und auch gemeinwesenorientierter. Die Gewerkschaft sieht sich mehr selbst gefordert, zur wirtschaftlichen Reform der Gesellschaft beizutragen. Welche Effekte wird diese Schwerpunktsetzung haben?

Zukunftsforschung hat seit etwa zwei Jahrzehnten Konjunktur. Hintergrund für diese Konjunktur ist die Verunsicherung über die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft, die Krisenhaftigkeit der Entwicklung, die Sorge der Akteure davor, entscheidende Fehler zu machen. Zukunftsforschung ist anwendungs- ja beratungsorientierte Forschung. Daher ist im größeren Trend die Zunahme der Zukunftsforschung Teil der Zunahme der Beratungsdienstleistungen ganz allgemein.

Gleichzeitig hat es die Zukunftsforschung nach wie vor nicht zu einer eigenständigen akademischen Disziplin geschafft. Sie existiert in Form von Stabsstellen (Zukunftsforschung im Unternehmen, z.B. Daimler-Chrysler, Gruppe Zukunftsforschung beim Generalsekretariat der OECD), außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Institut für Zukunftsforschung in Berlin, Prof. Kreibich), einschlägig bekannten Einzelpersonlichkeiten (von Vester bis Minx) und Zeitschriften (Universitas). Diese disziplinär prekäre Situation hat den großen Vorteil, dass die Zukunftsforschung disziplinär noch offen ist, also von unterschiedlichsten disziplinären Seiten Beiträge zur Zukunftsforschung vorgestellt werden können.

2 Die Wissensgesellschaft als Beschleunigungsgesellschaft

Seit den 1960er Jahren wird in wissenschaftlichen Debatten die „Informations-“ bzw. „Wissensgesellschaft“ ausgerufen. Der Megatrend „Wissensgesellschaft“ ist im öffentlichen Diskurs verbunden mit dem „Fetisch Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-T)“¹. Die IuK-T werden als Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme gehandelt. In Bezug auf soziale, wirtschaftliche und ökonomische Probleme wird in Berichten der Weltbank (1998), Programmen der Vereinten Nationen (UNDP, 1999) und UNESCO-Konferenzen (UNESCO/ICSU, 1999) von der „Unhintergebarkeit des Wissens“ gesprochen. Während der Trend im wissenschaftlichen Diskurs in Bezug auf alle gesellschaftlichen Bereiche diskutiert wird, resultieren der Entwicklungsdruck und die Innovation bislang maßgeblich aus der Wirtschaft. Die Zukunft der Wissensgesellschaft – in Abgrenzung zu einer „Wissenswirtschaft“ – hängt davon ab, inwiefern auch andere Akteure, wie der Staat, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und nicht zuletzt die Gewerkschaften, sich proaktiv an der Gestaltung der Wissensgesellschaft beteiligen.

Neben den Globalisierungseffekten der Wissensgesellschaft – der weltweiten Angebotstransparenz, dem Standardisierungsdruck, der weltweiten Vernetzung – rücken zunehmend auch die Regionalisierungseffekte und -potentiale der Wissensgesellschaft in den Blickpunkt wissenschaftlicher Debatten: etwa die neuen Chancen des Internet für kleine Hersteller in der weltweiten Vermarktung, die erweiterten Kommunikationschancen für Dialekte und kleine Sprachen, die bisher kaum gedruckt wurden, die Vernetzung kleiner sozialer Gruppen über das Internet.

Im folgenden sollen die wissenschaftlichen Debatten zu sozialen und ökologischen Entwicklungen bezüglich der Zukunft der Wissensgesellschaft im Vordergrund stehen. Einleitend wird eine Abgrenzung der Wissensgesellschaft von der Industriegesellschaft vorgenommen. Orientiert an dem Leitbild der Nachhaltigkeit (vgl. World Commission on Environment and Development, 1987) wird dann die Wissensgesellschaft zunächst unter den Gesichtspunkten der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit (Zweidrittel-Gesellschaft) untersucht. Weiter werden die Themen Bildung und Wissensmanagement betrachtet, denen mit Bedeutungszuwachs des Rohstoffs Wissen eine entscheidende Rolle zukommt. Anschließend wird die Anwendung der IuK-T zur Überwachung von öffentlichen Räumen und zur Kontrolle von Arbeitsprozessen kritisch hinterfragt. Die gegenteilige Wirkung hat die Nutzung des Internets für direktere Demokratie und in sozialen Bewegungen. Abschließend wird vorgeschlagen, die Wissensgesellschaft insbesondere in ihrer Eigenschaft als Beschleunigungsgesellschaft zu betrachten. Der Bedeutungszuwachs von Wissen und IuK-Technologien führt nicht automatisch in eine mehr oder weniger nachhaltige Zukunft, er wird aber die politisch vorgegebenen Entwicklungen beschleunigen. Hier werden Gestaltungsmöglichkeiten für Gewerkschaften aufgezeigt.

Transformation von der Industrie- zur Wissensgesellschaft

Durch die sich rasch entwickelnden Informations- und Kommunikations-Technologien (z.B. Computer, Handy, Internet, Fax, Satelliten) sind die Möglichkeiten der Produktion, Weiterverarbeitung und Speicherung von Information und die weltweite Kommunikation aus historischer Perspektive geradezu ins Grenzenlose gestiegen. Laut Bundesministerium für Wirtschaft verdoppelt sich das „Weltwissen“ alle fünf Jahre (BMWi,

1 Der Begriff „Fetisch IuK-T“ wurde in dem EU-Forschungsprojekt „Telecivision“ geprägt.

1997:16). Demnach müssten die Menschen allein in den nächsten 10 Jahren mehr Information verarbeiten, als in den letzten 2500 Jahren.²

Die Ablösung der Industriegesellschaft ist treffender durch den Begriff Wissensgesellschaft als den der Informationsgesellschaft³ charakterisiert, da die anvisierten qualitativen Veränderungen nicht auf reiner „Information“, sondern auf der neuen Wertigkeit, ökonomischen Bedeutung und politischen Steuerung von „Wissen“ und Expertise beruhen. Während Informationen systemspezifisch relevante Unterschiede bezeichnen, entsteht Wissen, wenn solche Informationen in bestimmte Erfahrungskontexte eingebunden sind. Edvinsson und Brünig (2000: 13) unterscheiden Daten, Informationen und Wissen folgendermaßen: *Daten* sind kontextunabhängig vorliegende Zahlen und Zeichen. Daten werden zu *Informationen* verdichtet, indem sie in einen sinnvollen Zusammenhang und Zweckbezug gebracht werden. *Wissen* ist die Vernetzung von Daten und Informationen in einem Kontext. Der Faktor Wissen hat innerhalb der wissenschaftlichen Disziplinen unterschiedliche Bedeutung. Wissen ist

- die wertvollste Ressource, „der Schatz in den Köpfen“ und Wettbewerbsvorteil, (wirtschaftswissenschaftliche Perspektive)
- vernetzte Information, speicher- und distribuierbarer Informationscluster, (ingenieurwissenschaftliche Perspektive)
- Produkt von Sinnstiftung und identitätsgenerierende Systemkomponente (soziologische Perspektive) (vgl. Roehl, 2000b).

Von einer Wissensgesellschaft lässt sich sprechen, wenn die Strukturen und Prozesse der Reproduktion einer Gesellschaft so von wissensabhängigen Operationen durchdrungen sind, dass die Informationsverarbeitung und die Träger von Wissen („WissensarbeiterInnen“) gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig werden (vgl. Willke, 1997, 1998b: 355). Die herkömmlichen Produktionsfaktoren (Land, Kapital, Arbeit) verlieren gegenüber dem Faktor Wissen dramatisch an Bedeutung (Willke, 1998a). Die Apologeten der Wissensgesellschaft sagen den Wandel von der kapitalistischen Ökonomie zu einer neuen Produktionsform voraus, die zwar immer noch von Arbeit und eingesetztem Kapital abhängig ist, tiefgründiger und nachhaltiger aber von Expertise im Sinne von „intellectual capital“ dominiert wird (vgl. Drucker, 1993)⁴.

Wissen entwickelt sich demnach zu der zentralen gesellschaftlichen Produktivkraft, die die zukünftige Leistungsfähigkeit von Organisationen maßgeblich bestimmt. Rasch umsetzbares Wissen bestimmt in hohem Maße Wertschöpfung und Einkommenshöhe. So ist es auch wenig verwunderlich, dass der gegenwärtige Diskurs zur Wissensgesellschaft nicht von der Soziologie oder der Politikwissenschaft angestoßen ist, sondern von der Managementtheorie.

Die informationstechnische Industrie ist seit 1993 die größte Industriebranche der Welt (Nefiodow, 1996, S. 22). Ein wachsender Teil der Erwerbstätigen ist direkt oder indirekt mit der Produktion, Verarbeitung und Verbreitung von Information beschäftigt. Abb. 1 zeigt die Entwicklung der Produktionsfaktoren Landwirt-

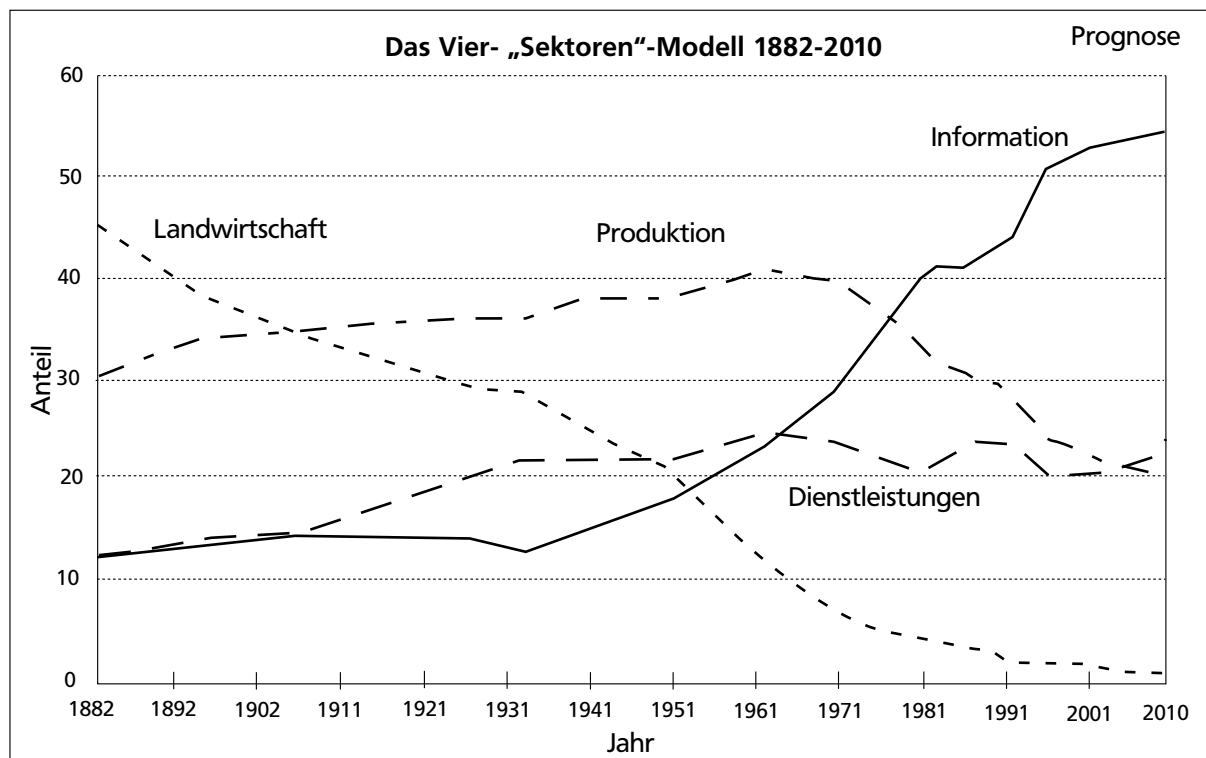
2 Die Definition des Begriffs „Weltwissen“ wird in der Quelle allerdings nicht deutlich und erscheint eher unreflektiert.

3 Die unterschiedlichen Gesellschaftsbegriffe sind im Sinne eines zugespitzten Idealtypus zu verstehen. Eine Gesellschaft ist immer ein viel zu komplexes Gebilde, als dass man sie mit einem Begriff vollständig charakterisieren könnte. Andere zentrale gesellschaftliche Merkmale heben Sozialwissenschaftler z.B. durch folgende Begriffe hervor: Martin Albrow („Die Weltgesellschaft“), Ulrich Beck („Die Risikogesellschaft“), Daniel Bell („Die postindustrielle Gesellschaft“), Ralf Dahrendorf („Die Bürgergesellschaft“), Peter Gross („Die Multioptionsgesellschaft“), Claus Leggewie („Die multikulturelle Gesellschaft“), Claus Offe („Die Arbeitsgesellschaft“), Gerhard Schulze („Die Erlebnisgesellschaft“), Wolfgang Welsch („Die transkulturelle Gesellschaft“), Amitai Etzioni („Die Verantwortungsgesellschaft“), Anthony Giddens („Die moderne Gesellschaft“), Axel Honneth („Die gespaltene Gesellschaft“), Stefan Hradil („Die Single-Gesellschaft“), Ronald Inglehart („Die postmoderne Gesellschaft“), Scott Lash („Die Informationsgesellschaft“), Neil Postman („Die Mediengesellschaft“), Richard Sennett („Die flexible Gesellschaft“).

4 Zum Begriff des „Wissenskapitals“ s. auch Edvinsson & Brünig (2000)

schaft, Produktion, Dienstleistungen und Information. In der Abbildung ist der prozentuale Anteil der Beschäftigten in den vier Arbeitsfeldern abgebildet.

Abb. 1: Entwicklung des prozentualen Anteils an Beschäftigten in den Bereichen Landwirtschaft, Produktion, Dienstleistungen und Information. Aus: Dostal (2000, S. 6).



Ökologische Aspekte der Wissensgesellschaft

Viele Hoffnungen in Bezug auf den Umweltschutz und die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft richten sich auf die Wissensgesellschaft. Weltweite elektronische Kommunikation soll Umweltschutzmaßnahmen effektiver organisieren, der Telearbeitsplatz soll den Verkehr und somit die Schadstoffemission reduzieren, man spricht vom papierlosen Büro.

Eine Grundtendenz der Wissensgesellschaft ist die *Dematerialisierung* (Glötz, 2001: 92f.). Das heißt, dass ein großer Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Wissensgesellschaft nicht mehr von der Verwertung von Bodenschätzen, Stoffumwandlungsprozessen und Energie getragen wird, sondern von der Verwertung von Informationen. Die hardware-orientierte Industriegesellschaft verwandelt sich zu einer software-orientierten telematischen Gesellschaft. Mit dieser Entwicklung zur „schwerelosen Wirtschaft“ (Anthony Giddens, vgl. Medosch, 1997) wird die Hoffnung auf den geringeren Verbrauch von natürlichen Ressourcen verbunden.

In der häufig technioptimistischen Debatte wird vergessen, dass jede immaterielle Information nur im Zusammenhang mit einem materiellen Korrelat existiert, über das die Information vermittelt, verarbeitet und gespeichert wird. Technikkritiker – wie sie im deutschen Umweltdiskurs das Öko-Institut Freiburg⁵ repräsentieren – bremsen diesen Optimismus: je mehr Information in unserer Gesellschaft existiert und benutzt wird und je mehr gesellschaftliche Tätigkeiten – sowohl im Privaten als auch im Arbeitsbereich – auf Zugang, Verbreitung, Verarbeitung und Speicherung von Information angewiesen sind, desto mehr entsprechende Technologie wird benötigt.

5 Vgl.: <http://www.oeko-institut.org> .

Die im Vergleich zu „qualmender“ Schwerindustrie so sauber anmutende IuK-Technologie hemmt den Optimismus mit besorgniserregenden Ökobilanzen. Ein Personal Computer (PC)⁶ beispielsweise besteht aus über 700 verschiedenen Stoffen. Der 22 kg schwere PC verbraucht in den Phasen des vierjährigen Lebenszyklus – dem Rohstoffabbau, dem Rohstofftransport, der Produktion, dem Betrieb und der Entsorgung – je nach Gebrauch mindestens 16-19 Tonnen Rohstoffe (Grote & Malley, 1997). Das sind fast 2/3 soviel wie ein Mittelklasse-PKW ohne Elektronik. So besitzt der PC eine dramatisch schlechte Umweltbilanz. Entsprechend kritisch ist die Verwendung von Elektronik z.B. im PKW und anderen Produkten. Abbildung 2 verdeutlicht den immensen Material- und Ressourcenverbrauch eines PCs innerhalb der derzeit durchschnittlichen Lebensdauer von vier Jahren.

Alein in den Jahren von 1993 bis 1996 hat sich in Deutschland die Zahl der installierten PCs von 9,5 Millionen auf 18,5 Millionen fast verdoppelt. In dieser Entwicklung spiegelt sich das Beschleunigungspotential der Wissensgesellschaft wieder, das auf Materialebene alles andere als nachhaltig ist. Hinzu kommt, dass ca. 1/4 der PCs den Markt wegen Überalterung oder falsch erkannter Trends nie erreichen, was die Ökobilanz für PCs nochmals verschlechtert (Grote & Malley, 1997:171). Umgelegt auf die tatsächlich genutzten PCs würde das nochmals eine Erhöhung des Material-Inputs um ein Drittel pro PC bedeuten.

Während die Technologie aufgrund ihrer Materialität naturgemäß immer eine mehr oder weniger hohe Umweltbelastung darstellt, hängen ihre Umweltwirkungen zudem stark von der Art ihrer Anwendung ab. So bieten Wissen und IuK-Technologien ebenso Möglichkeiten eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Beispielsweise ermöglicht die global vernetzte Datenverarbeitung ein internationales Monitoring des Ökosystems. Einzelne Umweltorganisationen und Akteure können sich weltweit vernetzen und Umweltdaten über online verfügbare Umweltinformationssysteme einer großen Öffentlichkeit leicht zugänglich machen. Das Angebot von Umweltinformationsdiensten per Umweltdatenbanken im Internet ist auf regionaler und überregionaler Ebene enorm angestiegen.

Weiter besteht ein großes Potential zur Substitution von Hardware durch die Verbesserung von Netzwerken, insbesondere hinsichtlich der Geschwindigkeit und Sicherheit der Datenübertragung. Die dezentrale Konzentration von Rechenkapazitäten könnte die Notwendigkeit dezentraler IuK-Hardware dramatisch reduzieren (vgl. Preissler & Riegel, 1999). Beispielsweise könnte durch innerorganisatorische Netze weitgehend auf dezentrale PCs verzichtet werden. Bedeutend weniger ressourcenintensive Netzwerkcomputer (NCs) würden sich alle Anwendungen aus dem Netz holen und auch dort Daten speichern („Thin-Clients“). Auch die zentrale und optimierte Rechnerwartung dürfte für den einzelnen Nutzer einen erheblichen Mehrwert bedeuten.

Die Substitution von IuK-Geräten durch zentrale Großrechner ist überall dort problematisch, wo Output-Geräte (Fax, Drucker) benötigt werden. Vielversprechend ist die Zentralisierung von Rechnern besonders in Betrieben, wo viele Mitarbeiter ein Output-Gerät gemeinsam nutzen können. Aber auch gelegentliche private Nutzer können hier profitieren. Denkbar sind „Kommunikationszentralen“ – also ein Geschäft „an der Ecke“ – wo Output-Geräte genutzt werden können.

Ein großer umweltrelevanter Bereich der Anwendung von IuK-T ist die Telematik im Verkehrsbereich. Telematik-Systeme ermöglichen die Effizienzsteigerung im Verkehr. Verkehr soll verflüssigt und reduziert werden. Verkehrsmanagement und die Substitution physischen Verkehrs sollen zur Entlastung der Umwelt beitragen. Stau und stop-and-go-Verkehr verursachen hohen Benzinverbrauch und somit hohe Abgasemissionen. Umweltbelastungen können reduziert werden, indem der Verkehr gleichmäßig fließt.

6 Ein PC ist zur exemplarischen Veranschaulichung des Problems der Umweltverträglichkeit gut geeignet, da er ein wesentliches Element der IuK-T ist und in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird. Wegen der Vergleichbarkeit der Herstellungsverfahren lässt sich die PC-Ökobilanz recht weitgehend auf andere IuK-Produkte übertragen.

Verkehrsleitsysteme können ungleichmäßigen Verkehr aber nur dann völlig regulieren, wenn die Verkehrsmenge deutlich unterhalb der Leistungsgrenze der Straße liegt, was jedoch gewöhnlich nicht der Fall ist.

Die Verkehrsleitsysteme sollen an Effizienz gewinnen, wenn auch der öffentliche Verkehr einbezogen wird. Bei dem von BMW initiierten Projekt „Kooperatives Verkehrsmanagement München“ (Frey 1997:54) weisen beispielsweise Anzeigetafeln auf Autobahnen schon weit vor der Münchner Innenstadt auf park-and-ride-Anlagen hin, die Anschluss an U-Bahnen und Busse bieten.

Weiter reduzieren Logistiksysteme auf betrieblicher Ebene den Verkehr. Die Karstadt AG beispielsweise hat so ihren Verkehrsaufwand um 34 Prozent reduziert. Durch ein mit der Deutschen Telekom entwickeltes Konzern-Telekommunikationsnetz, das Einkäufer, Lieferanten, Spediteure, Lagerhalter, etc. koordiniert, konnte die Transportauslastung von 50 auf 80 Prozent gesteigert werden (Tenzer 1997).

Verkehrsleitetechnik verspricht sehr effektiv zu sein. Das Umweltbundesamt (UBA, 1994: 242) schätzt, dass durch Verflüssigung des Autobahnverkehrs die Kohlenmonoxid-Emissionen um 50 %, die Kohlenwasserstoff-Emissionen um 90 % und die Kohlendioxid-Emissionen um 30 % reduziert werden könnten.

Tiefergehende Betrachtungen des Telematik-Einsatzes beim motorisierten Individualverkehr zeigen aber auch indirekte negative Umweltauswirkungen der Telematik auf. Der geringere Verkehrswiderstand bringt zwei indirekte Effekte zur Wirkung (Öko-Institut, 1997:66):

- Durch geringere Fahrzeiten wird das Auto als Verkehrsmittel attraktiver. Das kann dazu führen, dass Bus-, Bahn- und Fahrradfahrer auf das Auto umsteigen.
- Der geringere Zeitbedarf auf staufreien Straßen führt zur Akzeptanz von längerer Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, verursacht also mehr Verkehr und außerdem Zersiedlung durch Stadtflucht.

Ein weiterer indirekter Effekt könnte darin bestehen, dass Telematik andere Maßnahmen zur Verkehrsreduktion behindert, wie z.B. ein allgemeines Tempolimit. Ein allgemeines Tempolimit ist in ökologischer Hinsicht weitaus effektiver als ein fallbezogenes Tempolimit, das bei hohem Verkehrsaufkommen von Telematikanlagen angezeigt wird. Ein allgemeines Tempolimit wirkt direkt über den geringeren Kraftstoffverbrauch bei niedrigeren Geschwindigkeiten und hat indirekte, langfristige Wirkung über eine technische Anpassung der Motorenteknologie an niedrigere Geschwindigkeiten.

Die Wissensgesellschaft ist an sich weder besonders nachhaltig noch besonders ‚umweltverbrauchend‘. Die Wissensgesellschaft ist vielmehr eine Beschleunigungsgesellschaft. Informations-Technologien haben das Potential, Prozesse in fast allen Bereichen zu beschleunigen. Dieses Beschleunigungspotential trifft auch auf den Umweltschutz zu, d.h. bei entsprechender Anwendung kann die IuK-T den Schutz der Umwelt effektiv vorantreiben. Andersherum gilt allerdings auch, dass eine Beschleunigung umweltschädlichen Wirtschaftens ebensogut möglich ist. Um das durchaus vorhandene Nachhaltigkeitspotential der Informationsgesellschaft freizusetzen, müssen sinnvolle politische Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Wissensgesellschaft als segregierte Zweidrittel – Gesellschaft

Die Kluft zwischen arm und reich wird sich in der Wissensgesellschaft noch weiter vergrößern. Dabei machen die „Wissensarbeiter“ eine neue privilegierte Schicht aus. Jeremy Rifkin veranschaulicht das in seinem Buch „Das Ende der Arbeit“ (1997) anhand einiger Zahlen aus den USA. Etwa ein halbes Prozent der Bevölkerung der USA besitzen die wirtschaftliche Macht im Lande. 1992 besaß diese kleine Elite 37,4 Prozent aller Aktien und Wertpapiere und 56,2 Prozent allen privaten Geschäftsvermögens (Mishel & Bernstein, 1992: 249).

Diese kleine Gruppe der Kapital-Besitzer bleibt aber in der Debatte um die Wissensgesellschaft weitgehend unbeachtet. Der Fokus liegt hier vielmehr auf der Schicht der „Wissensarbeiter“. Diese Gruppe hochqualifizierter Beschäftigter – Rifkin nennt sie auch „Symbolanalytiker“ – machen etwa 20 Prozent der Arbeitnehmerschaft aus und verdienen mehr als die restlichen vier Fünftel der Bevölkerung zusammen. Die Gehälter dieser Schicht wachsen jährlich um inflationsbereinigte zwei bis drei Prozent, während die Einkommen aller anderen US-amerikanischen Arbeitnehmer stagnieren oder sinken (Reich, 1993: 291).

Gegenüber den Wissenarbeitern verlieren laut Rifkin die beiden bestimmenden Gruppen des industriellen Zeitalters, die Arbeiter und die Kapitalisten, zunehmend an Bedeutung. Ein Beispiel für die Bedeutung der Wissensarbeit ist die Herstellung von Halbleitern: Weniger als 15 Prozent des Preises für einen Halbleiterchip werden für Rohstoffe, Energie, Herstellungsanlagen und für die Arbeitskräfte, die die Routinearbeiten erledigen, verwendet. Mehr als 85 Prozent werden für die Entwicklung und für Patente ausgegeben (vgl. Reich, 1993).

Viele Vertreter der „Wissensgesellschaft“ argumentieren, dass die Wissensarbeiter als neue Elite nun maßgeblich die Wirtschaft kontrollieren. Das etwa halbe Prozent der Vermögensbesitzer könne sich zwar in Konfliktfällen weiterhin meistens durchsetzen, sei aber zunehmend stärker von der wachsenden Zahl der Wissensarbeiter abhängig.

Für Europa nimmt Glotz (2001) eine gemäßigte Aufteilung in Schichten vor: die Zweidrittelgesellschaft (S. 120ff.). Die Schicht der Wissensarbeiter wird hier auf 2/3 der Beschäftigten eingeschätzt. In dieser Aufteilung werden neben dem Kern von Programmierern, Multimedia-Unternehmern, Finanzdienstleister etc. auch alle möglichen Rechtsanwälte, Architekturberater oder Kameraleute zur Gruppe der Wissensarbeiter gezählt. In diesem Modell der Zweidrittelgesellschaft spielen die Wissensarbeiter aber in der Wissensgesellschaft eine ähnliche Rolle wie die Drucker, Bergleute oder Bauarbeiter für den Industriekapitalismus. Sie sind die Leitfiguren. Und sie bleiben bei den Arbeitstugenden des Industrialismus.

Das „dritte Drittel“ sind die Ausgegrenzten, die „Underclass“, bestehend aus Arbeitslosen und ihren Familien, Sozialhilfeempfängern, Obdachlosen, Kleinrentnern und Jugendlichen ohne Ausbildung. Die Wissensgesellschaft, mit ihren Zwängen zur Schnelligkeit, Mobilität und Vielseitigkeit wird den Zustrom zu dieser Unterschicht in Zukunft voraussichtlich erheblich vergrößern. Neu an der Unterschicht wird laut Glotz (2001: 127) eine wachsende Anzahl von Menschen sein, die sich der zunehmenden Beschleunigung und Mobilität der Wissensgesellschaft verweigert und sich „freiwillig“ für das langsamere Leben im dritten Drittel entscheidet. Es wird demnach zu „Kulturkämpfen“ zwischen den oberen zwei Dritteln und dem unteren Drittel kommen. Aus dem unteren Drittel würde eine neu zusammengesetzte Weltanschauung hervorgehen, mit der sich die „Entdecker der Langsamkeit“ gegen die Beschleunigung und Flexibilität der Wissensgesellschaft zur Wehr setzen werden. In ihrer Debatte zum Thema „Wie wollen wir leben?“ werden Schlüsselworte wie „Nachdenklichkeit“, „Sinn“, „Gemeinsinn“ und „Entschleunigung“ zentrale Bedeutung haben (vgl. Glotz, 2001: 135; Fülgraff, 1998; Reheis, 1996).

Offensichtlich werden in der Debatte um die Wissensgesellschaft bekannte Konfliktlinien unter leicht veränderten Vorzeichen wiederbelebt: hier typologisiert als der Konflikt zwischen „Beschleunigern“ und „Entschleunigern“. Marktradikale Lösungen stehen den an der „menschlichen Entwicklung orientierten“ Lösungsmöglichkeiten gegenüber (Poltermann, 2001).

Weltweit ist das Ungleichverhältnis zwischen den Schichten sicher noch schlechter als das Zweidrittel–Eindrittel-Verhältnis in Europa. Das westliche Modell der sogenannten Wissensgesellschaft zeigt tiefe Risse, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es auf der Erde noch immer 850 Millionen Analphabeten gibt. Das ist ein Sechstel aller gegenwärtig lebenden Menschen. Zwei Drittel der Analphabeten sind Frauen. Der UNICEF-Bericht über die weltweite Situation der Kinder von 1999⁷ geht davon aus, dass sich auch in naher

7 Vgl.den Bericht unter <http://www.unicef.org/>

Zukunft nicht viel daran ändern wird. Diese Menschen sind von vornherein aus einem Wirtschaftsprozess ausgeschlossen, in dem Wissen in immer größerem Masse sowohl Ressource als auch Produkt ist.⁸

Aber nicht nur Analphabeten werden aus dieser Wissensgesellschaft ausgegrenzt bleiben. Betrachtet man den Zugang zum Internet, das als Prototyp derzeit die neuen Kommunikationsverhältnisse symbolisiert, tun sich weitere Kluften auf. Weltweit nutzen 391 Millionen Menschen das Internet. Laut Prognose wird sich die Anzahl der Nutzer bis zum Jahr 2003 auf 774 Millionen beinahe verdoppeln.⁹ Von diesen Internet-Nutzern sind laut Nielsen NetRatings 168 Millionen AmerikanerInnen (das sind etwa 60 Prozent der amerikanischen Bevölkerung). In Deutschland nutzen 22,3 Millionen Menschen das Internet.¹⁰ Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl haben dagegen zum Beispiel in China (22,5 Millionen) und Russland (9,2 Millionen) nur ein Bruchteil der Menschen Zugang zum Internet.

Die Zahlen machen deutlich, dass der Begriff „Wissensgesellschaft“ ebenso nur die Entwicklung der industrialisierten westlichen Länder beschreibt, wie es zuvor der Begriff der Industriegesellschaft tat. Angesichts der beschleunigten Entwicklung und dem schnelleren Veralten des Wissens, das mit der Wissensgesellschaft einhergeht, könnte es für die Entwicklungsländer allerdings noch schwieriger werden den technologischen und wirtschaftlichen Anschluss an den Norden zu bekommen.

Wenn Wissen also immer stärker an Bedeutung gewinnt, wird vor allem auch der Bereich der Bildung vor der Herausforderung stehen, die Kluft zwischen den Wissenden und Unwissenden gering zu halten und somit die Basis für mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Zukunft von Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft

Wissen muss erworben und weitergegeben werden, um nutzbar zu sein. Somit wächst in der Wissensgesellschaft auch die Bedeutung von Lernen und Bildung. Insbesondere vier Wandeldimensionen des Wissens erfordern die Anpassung des Bildungssystems

(vgl. Abb 2):

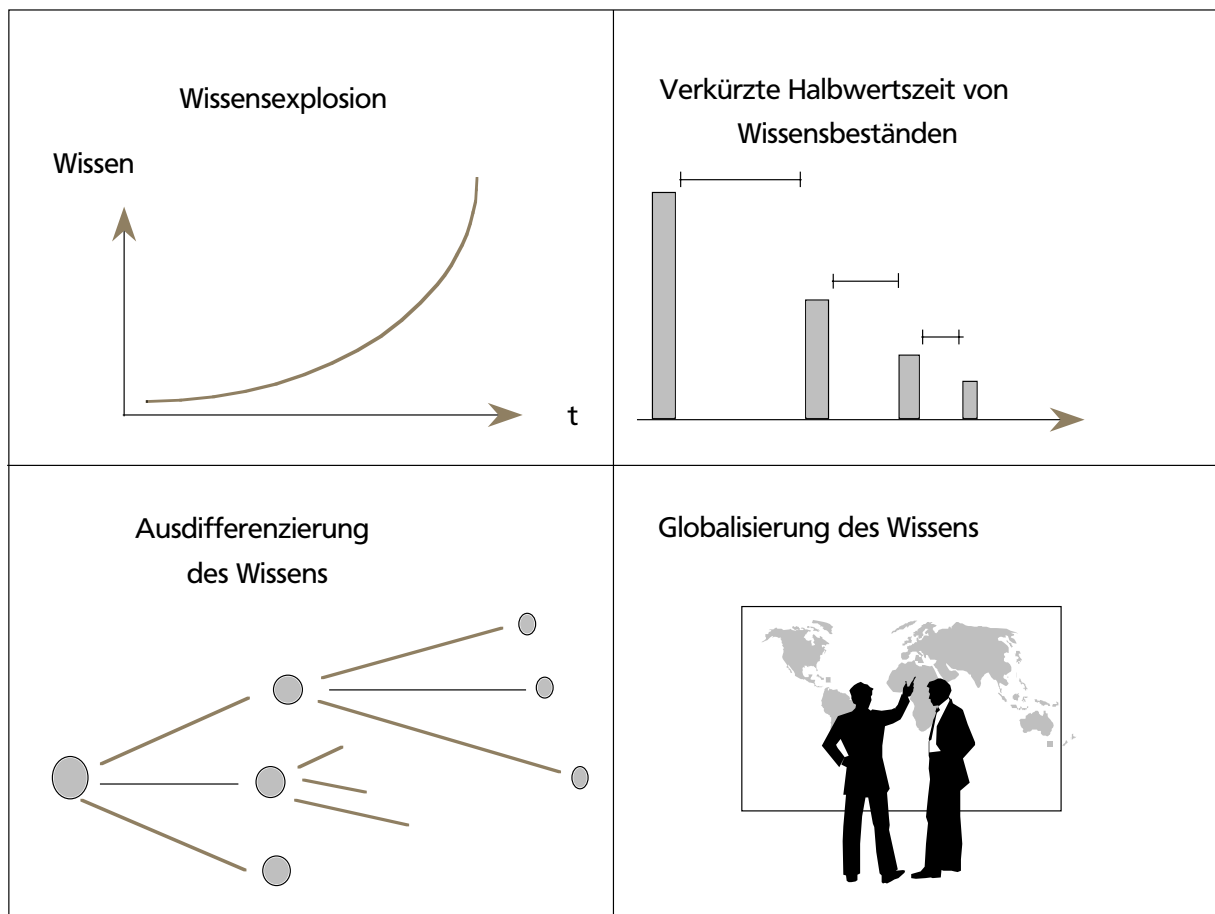
- Wissensexplosion: Das Wissen wächst exponentiell.
- Verkürzte Halbwertszeit von Wissensbeständen: Das Wissen veraltet immer schneller und bedarf ständiger Aktualisierung. Lebenslanges Lernen und „Just in time“-Lernen wie etwa beim Tele-Tutoring werden hier die neuen Leitbilder sein.
- Ausdifferenzierung des Wissens: Wissen wird immer ausdifferenzierter und spezialisierter und erfordert Strategien, die einzelnen Wissensbestände zu einem Ganzen zusammenfügen (z.B. durch interdisziplinäre Kooperation).
- Globalisierung des Wissens: Wissen ist global zugänglich. Die Masse des Wissens, auf die der einzelne zugreifen kann, ist daher immens und stellt hohe Anforderungen an Kommunikation und Selektion von Wissen.

8 Selbstverständlich verfügen auch Analphabeten über wertvolles Wissen. Voraussetzung für die Nutzung von Wissen als Ware ist aber in der Regel die Möglichkeit, das Wissen zu explizieren und zu übertragen. Die digitale Revolution hat an der Bedeutung der Sprache und der Schrift für die Kommunikation unseres Wissens kaum etwas geändert (vgl. Regierender Bürgermeister von Berlin – Staatskanzlei, 2000: 43).

9 Quelle: <http://www.gleach.com/globstats/> (Stand der Umfrage und Prognose: Mai 2001).

10 Quelle: <http://www.gleach.com/globstats/details.html> (Stand der Umfrage: 15.2.2001).

Abb. 2: Wandeldimensionen von Wissen (Quelle: angelehnt an Romhardt, 2000: 12).



Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, werden sich die traditionellen Bildungsinstitutionen radikal verändern müssen. Lernen wird eine der wichtigsten menschlichen Tätigkeiten in der Wissensgesellschaft sein. Lebensläufe werden zukünftig immer weniger eine Trennung zwischen Ausbildungs- und Berufsphase aufweisen. Die Phase des Lernens weitet sich auf die ganze Lebensspanne aus¹¹. Klassische Bildungsinstitutionen werden sich entsprechend umstrukturieren. Eine Verschiebung zu berufsbegleitender Bildung, dezentraler Bildung, Fernstudiengängen, Telelearning und Online-Tutoring ist zu erwarten.

Derzeit gibt es in Deutschland einen steigenden Trend zum „Bildungstourismus“. Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung des deutschen Bildungssystems und weiterem Abbau der Schulen und Universitäten, studieren immer mehr junge Menschen, die führende Positionen anstreben, ein Jahr an einer amerikanischen Highschool oder Universität. Die Pioniere der digitalen Technologien wurden ausgebildet an amerikanischen Universitäten wie MIT, Harvard, Berkeley and Stanford. Die digitale Technologie kommt zu großen Teilen aus amerikanischen Forschungslabors, den Bell Labs, dem Palo Alto Research Center (PARC), von Xerox oder dem Media-Lab des MIT.¹² Die Bildungseliten werden amerikanisch geprägt sein; sie werden an Fallstudien lernen, in denen amerikanische Mergers, Liquiditätskrisen und Reengineering-Prozesse abgehandelt werden.

11 Vgl. zum Angebot des lebenslangen Lernens: www.lifelonglearning.com .

12 Die Konzentration neuer Technologie Firmen an Orten wie Boston und dem Silicon Valley zeigt interessanterweise, dass die These, die computervermittelte Kommunikation führe zu lockerer Zerstreuung der wirtschaftlichen Kapazitäten über die Welt, nicht stimmt. Die größten Innovationen entstehen offensichtlich weiterhin an Orten, wo sich große Bildungsinstitutionen und zahlreiche Firmen konzentrieren.

Mittelfristig werden die klassischen Schulen und Universitäten aber an Bedeutung verlieren und durch Online-Angebote ergänzt oder ersetzt werden. Die Bertelsmann-Stiftung hat Zukunftsszenarien zur Bildung im Jahr 2005 erarbeiten lassen, die prognostizieren, dass die deutschen Universitäten sich bis dahin in zweierlei Form überlebt haben. Zum einen werden sie schrumpfen, weil immer mehr Studierende an Online-Universitäten abwandern.¹³ Zum anderen wird das Niveau der Ausbildung sinken. Qualitativ hohe Forschung und Ausbildung wird sich auf einige wenige Elite-Institutionen beschränken (Encarnacao, Leidhold & Reuter, 2000, zitiert nach Glotz, 2001: 231).

Auf dem Online-Bildungsmarkt werden es die deutschen Universitäten schwer haben mit Anbietern zu konkurrieren, hinter denen AT&T, Sun Microsystems oder die Harvard Universität stehen. Bildung wird privatisiert und vom Markt reguliert werden. Das birgt die Chance, Elfenbeintürme zu öffnen und Wissen näher an der Praxis zu entwickeln. Die Gefahr ist, dass Wissen und Bildung zunehmend von ökonomischen Verwertungsinteressen abhängig sind und emanzipatorische und kritische Bildung keinen Raum mehr haben werden. Ebenso wird der Zugang zu Bildung so teuer sein, dass die „digitale Wissenskluff“ weiter steigt. Tapscott (1998) redet in dem Zusammenhang gar von „Informationsapartheid“ (S. 13). Auch Begriffe der Industriegesellschaft werden in Bezug auf Wissen neu aufgelegt: so sieht Tapscott eine „Zweiklassengesellschaft“ zwischen Informationsbesitzern und Informationslosen.

Die Gesellschaft wird sich in der Verantwortung finden eine Brücke zwischen Wissensbesitzern und Wissenslosen zu schlagen. Hier können Gewerkschaften in ihrer Tradition als Arbeiterbildungsvereine eine wichtige Rolle spielen.

Wissensmanagement

Nicht nur der Wissenserwerb – wie in der Bildungsdebatte – gewinnt in der Wissensgesellschaft an Bedeutung. Wenn der grundlegende Rohstoff der Gesellschaft das sich immer schneller wandelnde Wissen ist, wird zum Wissenserwerb ebenso die Herausforderung der Entwicklung¹⁴, Speicherung, Verteilung und Nutzung hinzukommen. So nimmt seit den 90er Jahren das Thema Wissensmanagement in der wissenschaftlichen Debatte einen großen Stellenwert ein.¹⁵

Wissensmanagement wird meist von Organisationen betrieben, ist aber für Individuen ebenso notwendig. Am Anfang des Wissensmanagements steht idealerweise die Definition von Wissenszielen. Nur mit klar formulierten Zielen kann effektiv das benötigte Wissen erlangt und das Wissensmanagement abschließend evaluiert werden. Der nächste Schritt ist typischerweise die Identifikation vorhandenen Wissens. Fehlt benötigtes Wissen, kann es durch Lernen oder durch Ankauf einer Wissensdienstleistung erworben werden. Nicht existentes Wissen muss neu entwickelt werden. Soll das vorhandene und erworbene Wissen in einer Organisation genutzt werden, muss es an die entsprechenden Akteure verteilt werden. Häufig wird vernachlässigt, dass die Wissensnutzung auch Teil des Wissensmanagements ist und nicht ein zeitlich nachfolgender Prozess. Denn in der Nutzung wird gegebenenfalls weiterer Wissensbedarf offensichtlich. An allen Punkten des Prozesses ist die Speicherung von Wissen wichtig. Voraussetzung dafür ist die Explizierung und Standardisierung von Wissen, so dass gespeichertes Wissen auch von anderen Personen abgerufen und interpretiert werden kann (vgl. Probst, Raub, Romhardt, 1997).

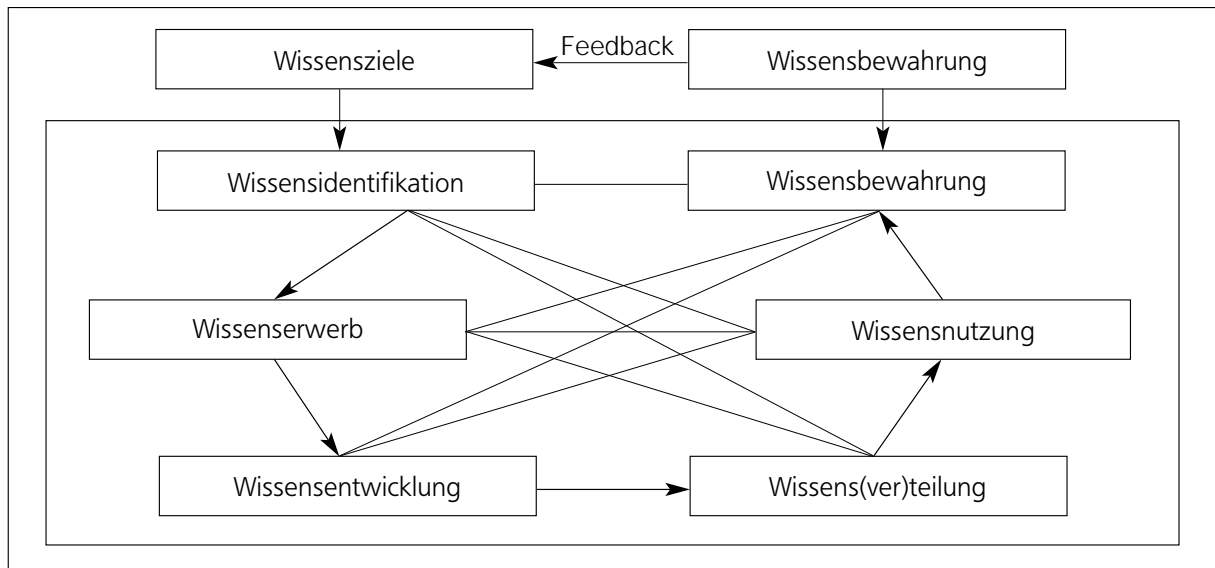
13 Andere Expertenbefragungen sehen diese Entwicklung bedeutend langsamer heranrollen. In der Delphi-Befragung von Beck, Glotz & Vogelsang (2000) sagen 90 Prozent der Experten, dass bis zum Jahr 2010 weniger als ein Viertel des Präsenzunterrichts durch Teleteaching ersetzt werden wird.

14 Die Wissensgenerierungsprozesse hat die Wissenssoziologie genau untersucht (z.B. Knorr-Cetina, Karin: Epistemic Cultures. How the Scineces make knowledge. Cambridge: Harvard 1999).

15 Allerdings ist das Thema nicht neu. Ähnliche Probleme wurden bereits zuvor unter dem Titel Organisationales Lernen“ diskutiert (vgl. Probst, Raub & Romhardt, 1997: 6; Fried & Baitsch, 1999).

Abbildung 3: Hebt hervor, wie wichtig die Interaktion zwischen den einzelnen Wissensmanagementbausteinen ist.

Abb. 3: Bausteine des Wissensmanagement (Quelle: Probst, Raub, Romhardt, 1997: 56)



Einige Instrumente des Wissensmanagement seien exemplarisch benannt (vgl. Roehl, 2000a; Regierender Bürgermeister von Berlin – Staatskanzlei, 2000: 44ff.):

- Wissenslandkarte: wird vor allem zur Identifikation und Visualisierung von Wissen eingesetzt. Problematisch ist die kontinuierliche Aktualisierung und Pflege solcher Landkarten.
- Intelligente Agenten: Softwareprogramme, die selbständig Datenbanken und das Internet nach Informationen absuchen.
- Senior-Experten: Spezialisten, die nach ihrem aktiven Berufsleben ehrenamtlich fachliche Hilfe zur Unterstützung von z.B. Hochschulen, sozialen Initiativen oder Unternehmensgründungen leisten.
- Kongresse, Tagungen, Messen: Die face-to-face Kommunikation wird auch in Zukunft relevant für den Austausch von Wissen bleiben. Große Veranstaltungen eignen sich gut zum Wissensaustausch.
- Lokale Wissens-Netzwerke: Während Kongresse und Tagungen dem überregionalen Austausch dienen, fördern lokale Netzwerke von Wissensträgern durch regelmäßige Treffen den intraregionalen Austausch.

Während die Entwicklung der informationstechnischen Infrastruktur für das Wissensmanagement schnell voranschreitet, werden weiche Faktoren, wie das Vertrauen zwischen den Akteuren, häufig vernachlässigt. Die Schaffung einer vertrauensvollen und transparenten Wissenskultur wird die Herausforderung für zukünftiges Wissensmanagement sein.

Kontrolle in der Wissensgesellschaft

Die Informations-Technologien ermöglichen eine Kontrolle von Privatleben und öffentlichem Raum in nie dagewesener Dimension. Die elektronische Erstellung von individuellen Benutzer-Profilen ist bereits lange Alltagspraxis. Mit Kundenkarte zahlende Einkäufer hinterlassen ihre Vorlieben im Computer des Super-

marktes, Identifikationskarten wie der Personalausweis speichern Reisegewohnheiten und Vorstrafen, elektronische Krankenkassenkarten können die Krankheitsgeschichte von Patienten reproduzieren. Gendateien sollen die Überführung von Straftätern erleichtern. Bereits mehrfach sind so genannte Massen-Screenings durchgeführt worden. So wurden etwa 1992 750 Münchner Porsche-Fahrer einem Speicheltest unterzogen. 1998 wurden auf der Suche nach einem Kindermörder 18.000 Männer aus dem Landkreis Cloppenburg zum Gentest gebeten (vgl. taz, 13.3.2001). Offiziell war der Test „freiwillig“, der soziale Druck führte jedoch zu einer hohen Teilnahmequote. Ebenso zur Verbrechensbekämpfung werden zunehmend öffentliche Räume mit Videokameras überwacht. Beispielsweise hängen in London teilweise um die 1.000 Videokameras pro Quadratkilometer. Teile der Videoaufnahmen werden mit Gesichtserkennungs-Software analysiert und per Mobilfunk versendet (vgl. taz, 23.3.2001). Alle Interaktionen im Internet können nachvollzogen und kontrolliert werden. Der Arbeitgeber kann E-mails seiner Mitarbeiter lesen.

Diese Kontrolle stellt die Frage nach der Privatsphäre und Selbstbestimmung des Individuums. Rechtliche Regelungen sind häufig noch unzureichend, da beispielsweise das Internet einen ganz neuen Rechtsrahmen eröffnet, der sich global häufig zwischen der nationalstaatlichen Gesetzgebung bewegt. Die Problematik soll in Bezug auf den Umgang mit Kontrolle im Arbeitsleben verdeutlicht werden.

Ein Streitpunkt ist die private Nutzung der neuen Medien durch Arbeitnehmer. Monitoring-Programme können die Internet- und E-Mail-Nutzung der Mitarbeiter genau überwachen.

So protokolliert die Software „Surfcontrol“¹⁶ unter anderem die Namen der Mitarbeiter, die besonders häufig im Netz surfen. Einige Online-Initiativen und auf Online-Recht spezialisierte Anwälte halten den Einsatz von Monitoring-Programmen mit Verweis auf die grundgesetzlich geschützte Menschenwürde für rechtswidrig (vgl. Hottelet, 2001).

Weiter kommt dem „Wissen ist Macht“-Diskurs in der Arbeitswelt durch die Kontrolle von Wissen neue Bedeutung zu. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Arbeiter in der Produktionsweise des Fordismus entqualifiziert. Mit Aufkommen der Gruppenarbeit und des Produktionsparadigmas des Toyotismus und der damit einhergehenden Requalifizierung in den 70er Jahren wurde auf eine „Renaissance der Arbeitermacht“ (vgl. Vieth, 1995: 89) gehofft. Diese These geht von dem „Wissen ist Macht“-Diskurs aus, in dem Qualifikation und Wissen als Basis und Garant für Kontrollmöglichkeiten auch auf der übergeordneten betrieblichen oder gesellschaftlichen Ebene gilt. Das Management wäre gezwungen, den Arbeitern mehr Offerten zu machen, so dass sie ihr Wissen im Sinne des Unternehmens einsetzen. Die Renaissance einer qualifizierten Arbeiterschaft würde hier die Möglichkeit einer Demokratisierung der Betriebe und der Gesellschaft bedeuten.

Die neuere industriesoziologische Diskussion bricht nun mit dem „Wissen ist Macht“-Diskurs und dem angenommenen engen Zusammenhang von Qualifikation und Selbstkontrolle. Baetghe und Overbeck (1986) sprechen im Gegenteil von einer „Refeudalisierung“. Insbesondere neue Informations-Technologien verschafften dem Management neue Kontrollformen über den Arbeitsprozess (vgl. Vieth, 1995; Moldaschl, 1998). Informations- und Organisationstechnologien haben ein hohes Steuerungspotential für den Arbeitsprozess. Datengestützt können Beobachtung und Auswertung der Arbeitsprozesse zentral überwacht werden. Zwei Effizienzen können überwacht werden:

1. Auslastung der Maschinen (Bearbeitungszeiten, Kostenfaktoren, Umsätze, etc.).
2. Auslastung des Personaleinsatzes (Anforderungs- und Leistungsprofile, Komm- und Gehzeiten, Fehlzeiten, Arbeitsverhalten, etc.).

19 Vgl. www.surfcontrol.com .

So werden die Arbeitsleistungen der Belegschaften international vergleichbar. Es können weltweite „Betriebslizenzen“ erstellt werden. Dadurch kann gedroht werden, dass ineffiziente, teure Produktionsbereiche ausgelagert werden oder Standorte in andere Länder verlagert oder geschlossen werden.

Durch die informationstechnischen Management- und Planungssysteme wird nicht mehr die Arbeitsausführung kontrolliert (wie durch die standardisierte Arbeit im Fordismus), sondern die Ergebnisse. Man muss also den Arbeitern das Produktionswissen nicht mehr „entziehen“ und in Planungsbüros verlagern, sondern das Wissen kann nun bei Arbeitern und beim Management zugleich vorhanden sein. So geht aber die Exklusivität des Wissens verloren und Wissen bedeutet keine Macht mehr. Vieth (1995) nennt dieses Arbeitssparadigma „Kontrollierte Autonomie“, da Arbeitsgruppen durchaus qualifiziert werden und autonom arbeiten können und dennoch vom Arbeitgeber kontrolliert werden können.

E-Democracy und Soziale Bewegungen im Internet

Die Entwicklung der IuK-Technologien werden als Ausgangspunkt für Möglichkeiten der Demokratisierung diskutiert. Im folgenden werden zum einen die Debatte um direktere Demokratie im Internet – E-Democracy – überblicksartig dargestellt. Zum anderen werden soziale Bewegungen – die in dem Bericht „Zukunft der Politik“ näher behandelt werden – hier kurz im Zusammenhang mit ihrer digitalen Netzwerkorganisation erwähnt.

Der Begriff der „Elektronischen Demokratie“ (E-Democracy) hat im öffentlichen Diskurs Hochkonjunktur. Er wird in Verbindung gebracht mit elektronischen Wahlen, Internet- Diskussionsforen, virtuellen Rathäusern, digitalen Städten und der Bürgerbeteiligung am politischen Prozess.

Die wissenschaftliche Debatte um elektronische Demokratie ist aber nur zum Teil neu. So stellt Kleinstenberger (1999) fest: „Der Charme der international geführten Debatte um elektronische Demokratie ist vor allem, dass uralte Fragen nach Verwirklichung von mehr Demokratie eine neue Aktualität gewinnen“ (S. 7).

Bereits mit dem Aufkommen der „alten“ Medien – Rundfunk und Fernsehen – war die Hoffnung auf Demokratisierung durch neue Formen der Information und Willensbildung verbunden. Diese Hoffnungen haben sich nur z.T. erfüllt. Zwar haben Rundfunk und Fernsehen dazu beigetragen, dass die Bürger heute politisch informierter sind als früher (Leggewie, 1997). Im Zusammenhang mit der „Mediendemokratie“ wird aber kontrovers diskutiert, inwieweit die Massenmedien zur Entpolitisierung beitragen. Der amerikanische Medienkritiker Neil Postman bemängelt, dass in der zunehmenden Medienkonkurrenz das „nur unterhaltende“ Bild die „politischere“ Schrift verdrängt und den öffentlichen Diskurs entpolitisiert (1988). In der Mediendemokratie entwickle sich die Politik zur Simulation und zum Event-Management. Die Demokratie werde durch die Demoskopie ersetzt.

Gegen diese Thesen sprechen Zahlen, die besagen, dass in den letzten dreißig Jahren, also einer Zeit der massiven Vergrößerung der Zahl der Fernsehprogramme, die Zahl der regelmäßigen Leser (in Westdeutschland von 29 Prozent auf 35 Prozent) gestiegen ist (Piel, 1996: S. 52). Auch Brauner & Bickmann (1996, S.35ff) beobachten eine andere Entwicklung: Der stündliche Gebrauch des Fernsehens pro Tag und Person nehme ab.

Die Chancen der Medien werden in dieser Debatte vernachlässigt, nämlich dass die Emotionskommunikation für den Menschen ebenso wichtig sein kann wie die kognitive Kommunikation. So prognostiziert der Medienwissenschaftler Michael Gieseke: „Unsere Kultur [...] wird sich langsam wieder anderen Sinnen und Medien zuwenden. Sie wird dabei erkennen, dass Medienvielfalt für unsere Kultur ebenso wichtig ist wie die Erhaltung der Vielfalt der natürlichen biogenen Arten“ (1996: S. 283).

Die neue Aktualität bekommt die Debatte insbesondere durch die völlig andere (technische) Qualität des Internet. Insbesondere die Interaktivität und Dezentralität des Mediums bietet Chancen. Kubicek relativiert die Bedeutung der neuen IuK-Technologien zwar: „Wenn man jedoch die Erfahrungen mit der betrieblichen bzw. industriellen Demokratie betrachtet, so erscheint die Rolle der technischen Kommunikationsmittel eher nachrangig. Ob Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, ist in erster Linie eine Machtfrage, ob sie genutzt werden, im wesentlichen eine Frage der Organisation, der Kultur und Qualifikation“ (Kubicek & Hagen, 1999).

Der Verwaltungswissenschaftler Klaus Lenk sieht aber gerade in der Frage der Organisation der Demokratie ein großes Potential im Einsatz des Internet. Lenk hat bereits in den 70er Jahren die These aufgestellt, dass Demokratie eine Frage der Organisation ist und neue Technologien diese Organisation verbessern könnten. Heute resümiert Lenk die Entwicklung: „Damit das Internet zu einer Chance für die Demokratie wird, reicht es nicht seine Existenz zu beschwören und zu feiern. [...] Es gibt sehr viele Chancen des Internet für die Demokratie, weit über das Thema Abstimmungen hinaus, aber fast nichts davon ist schon verwirklicht.“¹⁷

Das Potential liegt in der technischen Möglichkeit des Internet, nicht nur einzelne Elemente, sondern den gesamten demokratischen Prozess elektronisch zu unterstützen. Das umfasst maßgeblich folgende drei Bereiche (vgl. Lenk, 2001):

- Die Bereitstellung von und der Zugang zu Information (Wissen).
Entscheidend dabei ist es, die Informationszugangsstrategien aller Bürger zu unterstützen, der apathischen wie der aufgeweckten, der Fachleute und der Laien. Das ist eine Fragestellung des Wissensmanagements.
- Eine Plattform für gemeinsames Arbeiten, Verhandeln, Debattieren (Meinungsbildung).
Wichtig ist hier die Verknüpfung der neuen Diskussionsforen mit existenten Formen der politischen Praxis.
- Die weltweite Telekommunikation (Abstimmung).
Hier müssen neue Formen der Abstimmung gefunden werden, so dass die Begeisterung für direkte Demokratie nicht durch „Volksentscheide als Konsumartikel“ gedämpft wird. Politischen Wahlen, Volksentscheiden, Meinungsumfragen, Bürgerfeedback muss ein klarer Stellenwert zugewiesen werden.

Optimismus ist also angebracht, wenn darüber nicht vergessen wird, dass der eigentliche Fortschritt erst noch geschehen muss. Denn die praktische Anwendung der online-Demokratie und ihre wissenschaftliche Evaluation steckt noch in den Kinderschuhen, verspricht aber in den nächsten Jahren Ergebnisse zu liefern. So werden in Deutschland derzeit erste Erfahrungen mit virtuellen Parteitag und online-Bürgerbeteiligungsverfahren gemacht.

Beispielsweise führten Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg im Jahr 2000 den ersten virtuellen Parteitag durch.¹⁸ Online wurden unterschiedliche Themen parallel diskutiert. Mitdiskutieren konnten 7.500 Mitglieder der Grünen im Südwesten, sofern sie sich ein Paßwort bei der Landesgeschäftsstelle besorgt hatten. Interessierte konnten sich über die Homepage einloggen, um die Diskussion über die virtuelle Zuschauertribüne zu verfolgen. Abstimmen durften am Ende die 100 Delegierten, samt dem Parteirat und dem geschäftsführenden Landesvorstand. Die Kosten lagen mit 20.000 bis 30.000 DM etwa gleich hoch wie die

17 Dieses Resümee stammt aus einem Vortrag auf dem Kongress „Internet – eine Chance für die Demokratie?“ am 3. Mai 2001 im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin. Vgl. Lenk (2001).

18 Vgl. für näheren Ablauf und Konzept des virtuellen Parteitags: <http://www.virtueller-parteitag.de/>.

eines normalen Parteitages. Eine wissenschaftliche Evaluation über Chancen und Probleme des virtuellen Parteitags liegt noch nicht vor.

Weiter werden in Parteien virtuelle Arbeitsgruppen erprobt. So prüfen innerhalb der SPD etwa 1000 Mitglieder in dem „Virtuellen Ortsverein“¹⁹ die Tauglichkeit des Internets für politische Zusammenarbeit.

Für Bürgerbeteiligungsverfahren im Internet wird bislang massgeblich versucht, bereits existierende Verfahren für die Anwendung im Internet zu modifizieren. So werden etwa online-Zukunftswerkstätten in der Stadtplanung angewandt.²⁰ Weiter werden Online-Mediationen in öffentlichen Konfliktlagen durchgeführt.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist das online-Bürgerbeteiligungsverfahren Esslingen.²¹ Die wissenschaftliche Evaluation dieser Verfahren steht noch aus. Fietkau et al. (2001) kommen in einer Zwischenbilanz zur Entwicklung von Online-Mediationsverfahren aber zu dem Ergebnis, dass gerade bei komplexen Problemlagen die Online-Mediation konventionelle Formen nicht ersetzen kann.

Auch für soziale Bewegungen ist die neue Kommunikationsstruktur der Wissensgesellschaft nutzbringend. Die alte Massenmedien-Gesellschaft hatte eine Punkt-an-viele-Struktur; einer strahlte aus, die anderen wurden bestrahlt. Neue Informationstechnologien ermöglichen eine Punkt-zu-Punkt-Struktur; jeder kann mit jedem zeitgleich kommunizieren (Glotz, 2001: 20f.; vgl. auch Chwe, 1996). Soziale Bewegungen können durch das Internet und die Netzwerkorganisation orts- und zeitunabhängiger, beweglicher, schneller und autarker ihren Protest organisieren.

Ein Beispiel für die Nutzung dieser Organisationsform sind die weltweiten Proteste von Globalisierungsgegnern, wofür insbesondere die Proteste gegen die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltbank in Seattle, Washington und Prag stehen (Leggewie, 2000). Ein lose verkoppeltes, auf thematisch gebundene Zellen setzendes Netzwerk mobilisierte hier ohne formale Entscheidungsprozeduren punktgenau und weltweit mit Hilfe neuester Kommunikationstechnologie. Zwischen den Protesten verflüchtigte sich die Bewegung vorübergehend im Cyberspace, um bei der nächsten Gelegenheit wieder in Fleisch und Blut als Gruppe aufzutreten. Aber auch kontinuierliche Netzwerke sind international aktiv. So etwa das Netzwerk ATTAC, das für die demokratische Kontrolle der Weltwirtschaft und die Einführung der Tobin-Steuer eintritt.²²

Die Informationstechnologien werden aber nicht nur zur Information und zur Verabredung von Protesten genutzt. E-mails etwa dienen auch direkt als massenhaftes Petitions- und sogar Sabotageinstrument.²³ Online-Foren werden zur Beteiligung von Bürgern eingesetzt.

Auch Gewerkschaften beginnen sich stärker via Internet zu organisieren. So spielten gewerkschaftliche Gruppe gemeinsam mit Studierenden und Vertretern der Sweat-Shop-Bewegung eine zentrale Rolle bei den Protesten in Seattle und Washington.

19 Vgl. die Homepage des Virtuellen Ortsvereins: <http://www.vov.de/> .

20 Vgl. z.B. das Bürgerbeteiligungsforum unter www.ZukunftBerlin.de . Hier wird eine Online-Zukunftswerkstatt durchgeführt, in der Bürger und Bürgerinnen ihre Ideen für die Zukunft der Stadt Berlin einbringen und mit anderen Teilnehmern diskutieren können.

21 Vgl. das Online-Bürgerbeteiligungsverfahren in Esslingen unter: <http://forum.esslingen.de/buerger> . In diesem Verfahren konnten Bürger, Stadtplaner und Politiker in dem Zeitraum vom 21.5. bis 21.6.2001 die Planung des Neubaugebiets Egert in Esslingen diskutieren.

22 Eine Auswahl einiger großer Netzwerke sei hier genannt: Attac/Frankreich: www.attac.org ; Linkes Netzwerk/Deutschland: www.nadir.org ; Global Day of Action/Australien: www.s11.org ; Reclaim the Streets/Grossbritannien: www.gn.apc.org/rts ; 50 Years is enough/USA: www.50years.org ; Diverse women for diversity: www.vshiva.org ; People's global action/Weltweit: www.agp.org ; Protest Net/Weltweit: www.protest.net .

23 Dazu vgl. auch die Idee der Informationsguerilla (Rötzer, 1997a, 1997b). Ein aktuelles Beispiel des Email-Protestes ist die virtuelle Blockade des Lufthansa Web-Portals. Die Initiativen „Kein Mensch ist illegal“ und „Libertad“ rufen dazu auf, den Lufthansa-Server, über den der online-Ticket Verkauf abgewickelt wird, mit so vielen Emails zu versehen, dass er überlastet ist. Mit der Blockade soll Druck auf Lufthansa ausgeübt werden, keine Asylsuchenden mehr in ihren Flugzeugen abzuschicken. Vgl. den Aufruf unter: www.stop-dep-class.scene.as .

Der US-amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO mit 13 Millionen Mitgliedern hat das Internet als wichtiges Medium für die Organisation von Arbeiterinteressen erkannt. Mit stark herabgesetzten Preisen für Computer und Online-Zugang sollen die Mitglieder besser die Online-Dienste wahrnehmen können und sich leichter und schneller verbinden und organisieren können (Rötzer, 1999). In Deutschland gibt es zahlreiche gewerkschaftliche Initiativen zum Aufbau von Betriebsräte-Netzwerken, die über das Internet kommunizieren (Kaßbaum, 2000).²⁴

Fazit: Wissensgesellschaft als Beschleunigungsgesellschaft

Der Begriff der Wissensgesellschaft unterstreicht eine zweifellos wichtige Bedeutungszunahme von Wissen. Wissen avanciert zu einem der wichtigsten Rohstoffe unserer Zeit. Der ständige und schnelle Wandel von Wissen hat großen Einfluss auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Anhand der Felder des Umweltschutzes, der sozialen Gerechtigkeit (Zugang zu Wissen, Bildung, Arbeit), der Kontrolle und Überwachung und der Möglichkeit zur informationstechnisch gestützten Demokratisierung ist gezeigt worden, dass die Wissensgesellschaft sowohl Potentiale, als aber auch Risiken für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft in sich trägt.

Bislang ist die Diskussion um die Wissensgesellschaft stark durch Technikoptimisten geprägt, die zur Lösung aller gesellschaftlichen Probleme die neuen IuK-Technologien heranziehen. Hier bedarf die Debatte der Versachlichung. Denn auch in der Zukunft hat Wissen nicht die alleinige Erklärungskraft der gesellschaftlichen Entwicklung inne. Dynamiken des industriellen Kapitalismus werden weiterhin einflussreiche gesellschaftliche Wirkung haben. Vor allem Eigentum und Arbeit behalten ihre gesellschaftsstrukturierende Kapazität. Aus diesem Grunde spricht der Kommunikationstheoretiker Peter Glotz (2001: 30) vom „digitalen Kapitalismus“ statt von der Wissensgesellschaft.

Ein zentrales Merkmal dieses digitalen Kapitalismus liegt offenbar in der allgemeinen Beschleunigung von Entwicklungen und Prozessen in Wirtschaft und Gesellschaft. Vielleicht sollte daher anstelle der Wissensgesellschaft von einer „Beschleunigungsgesellschaft“ gesprochen werden.

In der Wirtschaft führt der globale Marktdruck zu kürzeren Produktentwicklungs- und Produktlebenszyklen. Benjamin Franklin's Ausspruch aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts: „Zeit ist Geld“, gilt in der Wissensgesellschaft mehr als je zuvor. Für die Umwelt bedeuten schnellere Innovationen und kürzere Produktlebenszyklen mehr Ressourcenverbrauch. Mit steigender Geschwindigkeit erhöht sich das Ungleichgewicht zwischen menschlichen und ökologischen Systemzeiten. Die Anforderungen an Schnelligkeit und Flexibilität können dazu führen, dass eine größer werdende Schicht nicht mehr „hinterher kommt“ und sich die soziale Kluft in der Gesellschaft weiter vergrößert. Die Kluft wird nicht nur ökonomisch sein, sondern auch zwischen Informationsbesitzern und Informationslosen trennen.

Die Wissensgesellschaft bietet aber auch Potentiale für eine zukunftsfähige Gesellschaft, die die Gewerkschaften nutzen können. Arbeitnehmer können sich mittels moderner Informationstechnologien effektiver vernetzen und organisieren. Mit Hilfe effektiven Wissensmanagements kann auch das immense Potential an Wissen, das in den Gewerkschaften vorhanden ist, gebündelt und zur Interessenvertretung genutzt werden. Es gilt auszuloten, inwiefern Wissen Macht für die Arbeitnehmer darstellen kann und welche politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen, um diese Macht erlangen zu können. Die größte Herausforderung für die Gewerkschaften dürfte sein, eine Brücke zwischen zwei auseinanderdriftenden Gruppen zu schlagen: zwischen der neuen Schicht der Wissensarbeiter, die zwar privilegiert, aber weiter-

24 Vgl. z.B. das Betriebsräte-Netzwerk KOMPENETZ: <http://www.kompenetz-nrw.de/>

hin lohnabhängig sind und der Unterschicht der Nicht-Wissenden, die aus dem Arbeitsprozess ausgegrenzt sind.

Es lässt sich resümieren, dass in der Wissensgesellschaft Wissen und andere Ressourcen nicht automatisch gerechter verteilt und nachhaltiger genutzt werden, als in der Industriegesellschaft. Ob sich die sozialen, ökologischen und ökonomischen Veränderungen durch den Bedeutungszuwachs des Wissens eher als nachhaltig oder als neues Risiko entpuppen werden, wird stark von der Setzung politischer Rahmenbedingungen abhängen. Weiter wird es darauf ankommen, dass neben der Wirtschaft auch der Staat und soziale Organisationen stärker auf die Entwicklung und Nutzung von Wissen und IuK-Technologien einwirken. Dabei dürfte neben der Kategorie „Wissen versus Nichtwissen“ vor allem „Beschleunigung versus Entschleunigung“ eine zentrale Rolle spielen. Die Rolle der Gewerkschaften in dieser neuen gesellschaftlichen Konstellation liegt nicht nur im Schritthalten und in der sozialen Gestaltung der Beschleunigung, sondern ebenso im Gegenteil. Nämlich zum einen in der Schaffung von Kontinuität im ständigen Wandel. Und zum anderen im empathischen Aufgreifen von Bedürfnissen derjenigen Menschen, die mit der entgrenzten Beschleunigung, Flexibilität und Mobilität nicht mithalten können oder wollen.

3 Wissenschaftliche Debatten zur Zukunft der mobilen Gesellschaft

Inhaltlich verbunden mit den Debatten zur Zukunft der Wissens- und Informationsgesellschaft und ebenfalls durch den technischen Fortschritt geprägt sind die Debatten und um die Zukunft der Mobilität. Auch der gesellschaftliche Stellenwert und die Bedeutung der Debatte ist vergleichbar. Für die große Bedeutung der Mobilität in den wissenschaftlichen Zukunftsdebatten in Deutschland gibt es eine Reihe von Gründen. Zum einen ist Mobilität eine der konstitutiven Faktoren modernen Lebens, bzw. ist so rezipiert worden. Mobilität bedeutet auch Freiheit, individuelle und gesellschaftliche und damit im weiteren Sinne auch Demokratie, aber auch Reichtum, bzw. einen individuell wachsenden „Möglichkeitsraum“. Zum zweiten sind Infrastrukturen für den Verkehr teuer und langlebig. Verkehrsplanungen und -investitionen werden im Blick auf die Zukunft getätigt, und deshalb ist für den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen die Entwicklung von Nachfrage und Angebot von großer Bedeutung. Das wissenschaftliche Interesse an und die wissenschaftliche Streitkultur zur Mobilität ist durch die großen Summen, die für den Ausbau von Mobilitätsstrukturen investiert werden müssen, geprägt. Es ist ein Streit um sehr viel Geld. Drittens ist der Verkehr wirtschaftlich von zentraler Bedeutung, ist Deutschland im Export von Verkehrstechnologien weltweit führend, ist nicht nur „Autoland“ sondern auch jeweils wichtig(st)er europäischer Exporteur von Bahn-, Flug- und Schiffstechnik und zugehörigen Dienstleistungen, etwa Flughafenmanagement. Viertens sind die negativen Rückwirkungen des Wachstums an Mobilität für jedermann spürbar, insbesondere die Lärmbelästigung als wahrgenommenes Umweltproblem Nr. 1, aber auch die CO₂ Belastung, der Flächenverbrauch, die Verdrängung von Kindern aus dem öffentlichen Raum und vieles mehr.

Physische Mobilität und Kommunikation (als einem wesentlichen Teil der Wissensgesellschaft) hängen eng zusammen und werden oft gemeinsam und aufeinander bezogen diskutiert. Kann physische Mobilität durch mehr Kommunikation substituiert werden? In den siebziger und achtziger Jahren waren die Erwartungen in die Substitutionseffekte relativ groß, insbesondere aus der Perspektive der Verkehrsvermeidung und beginnenden Nachhaltigkeitsforschung wurde auf substituierende Effekte der Kommunikation gesetzt, etwa von Videokonferenzschaltungen.²⁵ Die Erfahrungen mit der Kommunikationsgesellschaft zeigen allerdings eher katalytische Effekte. Wer miteinander telefoniert, möchte sich auch einmal sehen. Die Zahl der Reiseanlässe nimmt weiter zu, bzw. die Reisehemmschwelle weiter ab. Einen ähnlichen Verlauf der Debatte und der tatsächlichen Entwicklung gibt es etwa beim sogenannten „papierlosen Büro“ (Die Zunahme der Computer hat den Papierverbrauch exponentiell anwachsen lassen). Ob die Zukunft der Telematik und Telekommunikation substitutive Effekte wahrscheinlicher werden läßt, ist in der Debatte aber noch offen.²⁶

Ähnlich kontrovers wird die Zukunft der Telematik im Verkehr diskutiert. Das von den Protagonisten propagierte Ziel der Entzerrung des Verkehrs und damit der Verhinderung von Staus wird von den Kritikern mit Verweis auf die durch die Entzerrung mögliche weitere Steigerung des Verkehrsvolumens abgelehnt. Durch die heutigen GPS-gestützten Navigationssysteme ist es für LKW und PKW möglich geworden, auf Nebenstraßen bzw. durch Wohngebiete Staus zu umfahren.²⁷

Neben der Debatte über den Zusammenhang von Kommunikation und Verkehr ist das zweite zentrale Debattenthema zur Zukunft der Mobilität die Deregulierung im Verkehr, die Schaffung von Wettbewerbsbedingungen und Konkurrenz und damit verbunden die erhoffte Effizienzrevolution der öffentlichen

25 Hans-Jürgen Ewers (Hg.): Telekommunikation und physischer Verkehr. Jahrestagung der DVWG 1987. Bergisch-Gladbach 1988.

26 Matthias Ernst und Dirk Walpuski (Hg.): Telekommunikation und Verkehr. München: Vahlen 1998; Dirk Zumkeller (Hg.): Verkehr und Telekommunikation. Hannover: ARL, 1999.

27 Franz Steinkohl/Nikolaus Knoepfler/Stephan Bujnoch (Hg.): Auto-Mobilität als gesellschaftliche Herausforderung. München: UTZ 1999.

gegenüber den individuellen Verkehrssystemen. Komplementär zur Förderung der Konkurrenz steht das Thema der Förderung der Kooperation zwischen Verkehrssystemen (Interoperabilität, Intermodalität). Die vertretenden wissenschaftlichen Positionen bzw. die gehaltenen wissenschaftlichen Schützengraben in diesem umstrittenen Themenfeld verlaufen durchaus wenig überraschend entlang politischer „Lagergrenzen“. Sie verlaufen aber auch entlang der disziplinären Grenzen, die im folgenden kurz skizziert werden sollen, denn der Blick auf (De-)Regulierung, Konkurrenz und Kooperation von Verkehrssystemen wird von den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit dem Verkehr beschäftigen, unterschiedlich rezipiert und interpretiert. Verkehrswissenschaftler sind von ihrem Hintergrund entweder Techniker, Planer oder Ökonomen, seltener auch Politologen, Juristen oder Historiker. Die Voten in der Debatte korrelieren oft mit dem disziplinären Hintergrund.²⁸

In der *Verkehrstechnik* finden wir oft eine Ablehnung bzw. Verdrängung der Konkurrenz, die sich aus einem alten eingewachsenen und noch immer schnell reaktivierbaren Vorurteil der Technikwissenschaften gegenüber kaufmännischen Urteilen begründet. In den Verkehrsbetrieben ist (wie in vielen Unternehmen) dieser alte Gegensatz von Technik und Wirtschaft zu zwei Hauptabteilungen geronnen, einer technischen und einer kaufmännischen. Dabei wären auch ganz andere Einteilungen eines Betriebs denkbar und haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auch mehr und mehr durchgesetzt. Der alte Gegensatz ist im Schwinden und damit auch manche Stärken der technischen Perspektive. Dies relativierend vorausgeschickt, gibt es nach wie vor eine spezifisch technische Perspektive auf die Konkurrenz im Verkehr. Ähnlich wie die planungsbezogenen Wissenschaftler erwarteten viele Verkehrstechniker die Lösung offener Fragen der Konkurrenz im Verkehr vom technischen Fortschritt und damit von ihren eigenen technischen Konzepten. Gleichberechtigte Konkurrenz verschiedener Systeme im gleichen Anwendungsfeld ist Ausdruck fehlender technischer Kompetenz auf einer Seite. Für jeden Anwendungsfall gibt es in diesem Denkhorizont ein optimales System. Diese Grundüberzeugung ist für das angeblich unterlegene System tödlich. Ein Beispiel dafür, wie Ingenieure die technischen Entwicklungsmöglichkeiten von Verkehrssystemen eklatant unterschätzt haben, ist die Bahntechnik für den Hochgeschwindigkeitsverkehr.²⁹

Auch die *planungsbezogenen Verkehrswissenschaften* sind methodisch, wie der Name bereits nahelegt, keine Anhänger der Deregulierung und Konkurrenz, sondern im Kern Anhänger einer geordneten, funktional gegliederten Gesellschaft, auch wenn diese Gesellschaft im Extremfall nur noch aus einem Stand, den Verkehrsteilnehmern, besteht. Anders als die Verkehrstechniker haben es die Planer aber in der Regel mit mehreren Verkehrssystemen gleichzeitig zu tun. Sie mussten und müssen sich der Zusammenwirkung der Verkehrssysteme stellen. Sie taten und tun das, indem sie als planende Wissenschaft den einzelnen Verkehrssystemen Aufgaben zuweisen. Zu diesen Aufgaben gehört auch die Kooperation mit den anderen Verkehrssystemen. In den Planungen der Verkehrswissenschaft finden sich häufig Entwürfe der harmonischen Kooperation der einzelnen Verkehrsträger. Oben fliegen die Flugzeuge, ein Zug fährt gerade in den Bahnhof ein, ein Taxi fährt ab, Menschen gehen spazieren. Hinter diesen Rollenzuweisungen steht ein ständisches Gesellschaftsbild. Man ist sich beim Lesen nie ganz sicher, ob eine Planung oder eine Prognose vorgelegt wird. Denn fröhliche Menschen auf einem Platz schwatzend zu zeichnen, heißt noch nicht, dass hier auch Menschen in der umgesetzten Realität spazieren gehen wollen. Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrssysteme. Sie ist zwar wünschenswert, deshalb aber noch nicht wahrscheinlich. In den letzten Jahren sind die Inkompatibilitäten und Übergangsprobleme zwischen den einzelnen Verkehrssystemen von planerischer Seite als eine Ursache für die niedrige Attraktivität öffentlicher Verkehrssysteme immerhin erkannt worden. Eine Fülle von Programmen zur Verbesserung der Intermodalität ist die

28 Hans-Ludger Dienel/Helmuth Trischler (Hg.): *Geschichte der Zukunft des Verkehrs: Verkehrskonzepte von der frühen Neuzeit bis zum 21. Jahrhundert*. Frankfurt: Campus 1997.

29 Jörg Abel: *Von der Vision zum Serienzug. Technikgenese im schienengebundenen Hochgeschwindigkeitsverkehr*.

Folge, in denen das Problem vielfach als Informationsproblem interpretiert wurde: in der Folge werden neue Informationssysteme, Faltblätter und „Mobilitätszentralen“ für die Mobilitätsberatung auf den Weg gebracht. Darüber hinaus entstehen aber auch neue Dienstleistungen: U-Bahnfahrer sollen in Berlin nun abends auch ein Taxi rufen. Das gleiche gilt auch für die Planungsvorgaben der großen EU-Projekte zu transnationalen Verkehrsnetzen und zur Verbesserung der Mobilität. In den Vorhaben geht es insbesondere um Interoperationabilität und Intermodalität, um Mobilitätszentralen und Vernetzung, ganz so, als ob alle Beteiligten darauf warteten, eine Teilaufgabe für das große Ganze zugewiesen zu bekommen. Doch die Intermodalität funktioniert schlecht, weil die einzelnen Akteure Konkurrenten im Markt sind. Nehmen wir nur einmal die schlechte Zusammenarbeit der europäischen Bahnen im Fernverkehr. Warum fahren keine TGVs von Paris nach Frankfurt? Wieso wurden in Berlin und Köln Flughäfen ganz ohne Bahn- oder U-Bahnanschluss gebaut? Oder nehmen wir die Zusammenarbeit von Bundesbahn und einzelnen Verkehrsbetrieben im Regionalverkehr? Der Freizeitverkehr als intrinsischer Wunschverkehr entzog sich der Planbarkeit und ist deshalb in der Verkehrsplanung besonders wenig berücksichtigt worden. Doch mit der zunehmenden Individualisierung der Freizeitgesellschaft stößt die Planung der Berufs- und Lebenswege an ihre Grenzen. Wenn sich die Verkehrsplanung nicht mehr auf den Freizeitverkehr einstellt, marginalisiert sie sich selbst.³⁰ Der Blick der Planer hat sich freilich in den vergangenen Jahren grundsätzlich geändert. Die Verkehrsplanung hat in den letzten beiden Jahrzehnten eine beeindruckende interdisziplinäre Entwicklung erfahren und methodische Anleihen bei der Psychologie, Geschichte, Soziologie und Politologie genommen. Doch trotz aller integrativen Verkehrsplanung besteht das geschilderte Problem der Unterschätzung von Konkurrenz und der Unterstellung von Kooperation fort.³¹ Ein zweites Problem der Zuweisung von Aufgaben durch die Verkehrsplanung ist der unterschiedliche Grad der Abhängigkeit der einzelnen Verkehrssysteme von der Planung. Verkehrssysteme, wie das Auto, können sich leichter gegen eine restriktive Planung durchsetzen, als etwa die Bahn.

Dagegen können wir bei *Verkehrsökonom*en einen ausgeprägten Wunsch nach Konkurrenz feststellen. In den Wirtschaftswissenschaften ist die Konkurrenz zwischen den Verkehrssystemen und vor allem den Verkehrsunternehmen in der Regel ein unhinterfragtes Leitbild. Die bekannten Verkehrswirtschaftler, etwa der Berliner Ökonom Hans-Jürgen Ewers oder der Giessener Verkehrswirtschaftler Gerd Aberle sind zuständigkeitshalber für mehr Wettbewerb zwischen den öffentlichen Verkehrssystemen und kritisieren scharf die noch existierenden geschützten Räume, etwa im regionalen Verkehr.³² In den vergangenen zehn Jahren hatte nun die wirtschaftswissenschaftliche Perspektive nicht nur im Verkehr sondern flächendeckend Konjunktur. Im Verkehrsbereich blieb sie dagegen z.T. bis heute eine Minderheitsposition. Deregulierung, Privatisierung und Regionalisierung darf nicht zur Schwächung der Verkehrsbetriebe durch Konkurrenz führen, so kann man den main-stream noch immer zusammenfassen, auch wenn er oft nur noch leise formuliert oder nur in den Entscheidungen umgesetzt wird. Stabilisierender Hintergrund dieser Position ist das kollektive Gedächtnis, die erlernte Erinnerung an die böse Zeit der mörderischen Konkurrenz der öffentlichen Verkehrssysteme in ihrer Entstehungszeit.³³

30 Hans-Liudger Dienel, Ins Grüne und ins Blaue. Freizeitverkehr im West-Ost-Vergleich BRD und DDR 1949-1990. In: Hans-Liudger Dienel und Barbara Schmucki: Mobilität für alle. Geschichte des öffentlichen Personenverkehrs in der Stadt zwischen technischem Fortschritt und sozialer Pflicht. Stuttgart 1997, 221-25; G. Wolfgang Heinze und Heinrich H. Kill: Freizeit und Mobilität. Neue Lösungen im Freizeitverkehr. Hannover 1997.

31 Deiters, Jürgen: Verkehrsnachfrage und Kooperationsmöglichkeiten im ÖPNV des nördlichen Rheinhessen. 1989; Brecht, Peter: Nahverkehrsprogramm Landkreis Ravensburg. Grundsätze der künftigen ÖPNV-Entwicklung. Ravensburg 1986; Christian Holz-Rau: Verkehr verstehen – Verkehr vermeiden. Habil. Berlin 1996.

32 Gerd Aberle: Intermodaler Wettbewerb zwischen Bus und Bahn im Regionalverkehr. In: Günter Knieps (Hg.): Reformkonzepte im Nahverkehr. Deregulierung, Privatisierung, Regionalisierung. Bergisch-Gladbach 1996 (Schriftenreihe der DVWG, B 191), 39-46.

33 M. Rösler: Möglichkeiten und Grenzen wettbewerblicher Verkehrslösungen im Regionalverkehr der neuen Bundesländer. In: Günter Knieps (Hg.): Reformkonzepte im Nahverkehr. Deregulierung, Privatisierung, Regionalisierung. Bergisch-Gladbach 1996 (Schriftenreihe der DVWG, B 191), 39-46.

Seit zwei Jahrzehnten, seit von verkehrs- und umweltpolitischer Seite eine Wende in der Verkehrspolitik in Richtung auf eine Stärkung des „Umweltverbunds“ eingefordert wurde, verstärkt sich auch das *politik- und sozialwissenschaftliche* Interesse an der Zukunft der Mobilität. Der politik- und sozialwissenschaftliche Ansatz sucht Erklärungen verständlicherweise in der Politik, weniger in der Verkehrstechnik. Der öffentliche Verkehr gilt in diesen Arbeiten mehr oder weniger unhinterfragt als verkehrspolitisch sinnvollste Lösung, die gezielt und böswillig kaputtgemacht worden sei, um das Auto, das der Bürger gar nicht haben wollte, zu fördern.³⁴ In der Literatur zur US-amerikanischen ÖPNV-Wüste finden wir etwa Verweise auf die knallharte Lobbypolitik der amerikanischen Autokonzerne. Auch in Deutschland sei, so geht es weiter, eine Koalition der Autofreunde (Wirtschaftskartell Auto-Öl-Gummi) für den Niedergang der Straßenbahn verantwortlich³⁵. Doch diese These ist empirisch meist nicht zu halten. Es gab und gibt einfach zu viele Beispiele, in denen sich der individuelle Verkehr gegen eine restriktive ÖV-lastige Verkehrspolitik durchsetzt.

Deshalb haben politikwissenschaftliche Ansätze in den letzten Jahren von den einfachen und liebgewonnenen verschwörungspolitischen Ansätzen Abstand genommen und sich Nutzerbedürfnissen, -wünschen und -routinen zugewandt.³⁶

Die hier skizzierten verkehrswissenschaftlichen Ansätze haben ihre Berechtigung, bedürfen aber der gegenseitigen interdisziplinären Ergänzung. Für diese interdisziplinäre Zusammenarbeit und Zusammenführung hat die sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung, wie sie seit einigen Jahren verstärkt vom BMBF gefördert und gefördert wird, eine Leitfunktion übernommen.

Seit Mitte der 90er Jahre hat das Bundesforschungsministerium seine Aktivitäten im Bereich der Mobilitätsforschung sehr verstärkt und rückte am Verkehrsministerium vorbei zum zentralen Akteur der Mobilitätsforschung auf. Explizites Ziel dieser Aktivität war die Verbreiterung der wissenschaftlichen Mobilitätsforschung weg von der klassischen Verkehrswissenschaft hin zu einer sozialwissenschaftlich geprägten Debatte, nutzer- und nachfrageorientierter, innovativer, experimenteller, mit neuen Akteuren, ohne allerdings die klassische Verkehrsforschung „auszuhungern“.

Seit 1998 fördert das BMBF sechs große Leitprojekte „Mobilität in Ballungsräumen“, eine konsequente Umsetzung der „Eckwerte einer zukunftsorientierten Mobilitätsforschungspolitik“, die das Bundeskabinett im Dezember 1996 mit dem „Forschungsrahmen Mobilität“ verabschiedet hat. Von über 150 Vorschlägen wurden im April 1998 ausgewählt die Projekte Intermobil (Dresden), mobilist (Stuttgart), MOBINET (München) in Verbindung mit CashCar (Berlin), Stadtinfo (Köln) und WAYflow (Frankfurt). Die Projekte integrieren eine große Zahl von Ansätzen der nachhaltigen Gestaltung von Mobilität in Ballungsräumen. Zu dem Instrumentarium gehören u.a.:

- die Parkraumbewirtschaftung (grundsätzlich keine kostenlosen Parkplätze innerhalb dicht bebauter Siedlungsgebiete mehr. Auch in den verdichteten Vorstadtbereichen wird das freie Parken eingeschränkt und lediglich an Haltestellen des ÖPNV konzentriert. Auch das Anwohnerparken im öffentlichen Straßenland soll mittelfristig grundsätzlich kostenpflichtig sein).
- Einfahrverbote und Verkehrsberuhigung (Ausweisen von Geschäftsstraßen als Fußgängerzone, Einrichtung von weitläufigen Fußgängerzonen mit zeitl. Einfahrbeschränkung für Anwohner- und Wirtschaftsverkehr haben i.d.R. Umsatzsteigerungen des ansässigen Einzelhandels zur Folge. Kopplung mit einem konsequenten Parkraumbewirtschaftungssystem und Überwachung der Einfahrbeschränkungen. Flächenhafte Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen und Vorortbereichen durch konsequente Anlage von Mischverkehrsflächen und baulicher Umgestaltung bzw. Gestaltung bei Straßeneubauten).

34 Wolf, Winfried: Berlin. Weltstadt ohne Auto. Eine Verkehrsgeschichte 1848-2015. Köln 1994.

35 Eckehard Frenz: Die Straßenbahnstilllegung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Reinhard Köstlin/Hellmut Wollmann (Hg.): Renaissance der Straßenbahn. Basel 1987, 47-88, 55.

36 Sassa Franke: Car Sharing. Vom Ökopjekt zur Dienstleistung. Berlin:Sigma 2001.

- Vorrangigkeit des Umweltverbundes (Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für Fußgänger, Fahrradbenutzer sowie Busse und Bahnen. Ausbau und die Verbesserungsmaßnahmen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs als Einheit und System. Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsträger. Neuaufteilung der Verkehrsflächen. Fußgänger und Radnetz.
- Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrssysteme (Freizeitverkehrstauglichkeit, Spassfaktor, Außenwirkung, Anrufbussysteme und Sammeltaxis).
- Anwendung neuer Verkehrstechniken. Innovative Fahrzeuge. Verbesserung der bestehenden Fahrzeugtechnik. Reduzierung des Gewichts (Fahrzeuggröße, Fahrzeugausstattung, Material). Verringerung des Fahrwiderstands (Luftwiderstand, Reifenreibung). Verbesserung des Antriebswirkungsgrads (Motor, Kraftübertragung). Down-sizing. Biokraftstoffe. Gasantriebe. Elektroantriebe. Verkehrsleitsysteme. Flottenmanagement, Flexible Güterverkehrslogistik sowie flexible Personenverkehrslogistik, Fahrerassistenzsysteme, Fahrgastinformationssysteme).

Diese schon seit den 70er Jahren diskutierten und nun integrativ umgesetzten Strategien werden in den wissenschaftlichen Debatten derzeit erweitert.

Öffentlicher und privater Verkehr wachsen aufeinander zu (Individualisierung des öffentlichen Verkehrs (Sammeltaxis, Gemeinschaftsverkehr auf dem Lande, Anrufbus). Der öffentliche Verkehr muss freizeitverkehrstauglicher werden, Privatheit ermöglichen, aber auch Spaß machen, wie der Individualverkehr. Die ÖPNV-Lösungen dürfen nicht nur den Anforderungen der Sicherheitstechniker genügen sondern müssen auch den Wünschen der Nutzer nach Erlebnis, aber auch nach Ruhe und Privatheit, nach Beschleunigung und Geschwindigkeit folgen.³⁷

Dies ist besonders notwendig im Bereich des Freizeitverkehrs. Denn seit Jahrzehnten wächst der Freizeit- und Urlaubsverkehr schneller als alle andere Bereiche des Personenverkehrs. Für viele wirtschaftliche Branchen, insbesondere die Verkehrsunternehmen, die Reiseveranstalter und das touristische Gewerbe vor Ort spielt der Freizeit- und Urlaubsverkehr inzwischen eine entscheidende, z.T. dominante Rolle, die Bedeutung für den Arbeitsmarkt ist enorm. Auf der anderen Seite ist davon auszugehen, dass die Umweltbelastungen und Schäden für Flora und Fauna sowie der Verlust an Lebensqualität durch vom Freizeitverkehr passiv Betroffene erheblich und größer sein dürften, als die des Berufs- und Güterverkehrs.

Die Verkehrswissenschaft hat den Freizeitverkehr aber erst relativ spät und bis heute viel zu wenig in den Blick genommen; auch die Verkehrs- und Wirtschafts- und Forschungspolitik hat sich dem Freizeitverkehr als spezifisches Phänomen und den entsprechenden Gewerben kaum zugewandt. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Verkehrswissenschaftler und -planer verstanden ihre Aufgabe lange vorwiegend als Bereitstellung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur für einen wachsenden Verkehrsbedarf. Die Anforderungen an die Infrastruktur orientierte sich an der Spitzenlast, und diese trat und tritt im Berufsverkehr auf. Der Freizeit- und Urlaubsverkehr erzeugte lange weniger hohe Verkehrsspitzen, und wo dies doch der Fall war, etwa im Urlaubsreiseverkehr zu Beginn und Ende der großen Ferien, wurde dies aus den Bedarfsberechnungen für die Infrastruktur herausgenommen. Der Freizeitverkehr galt zudem als wenig wichtiger Verkehr, auf den verzichtet werden könne. Drittens waren die ursächlichen Motive und die Formen des Freizeitverkehrs mit den klassischen verkehrsplanerischen Instrumentarien nur schwer zu greifen. Auch hier hat sich durch die Förderung des BMBF einiges bewegt. Derzeit arbeiten 6 größere Verbundvorhaben zur Zukunft der Freizeitverkehrs (www.freizeitverkehr.de).

37 Weert Canzler/Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte : Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen. Berlin 1999.

Neben der zukünftigen Mobilität in Ballungsräumen und der Freizeitmobilität ist die fokusgruppenspezifische Mobilität, etwa von Senioren, Frauen, Kindern oder ausländischen Mitbürgern ein weiterer Debatten-schwerpunkt.³⁸

Mobilität umfasst als Begriff ein weiteres thematisches Spektrum als den Verkehr, bzw. die physische Mobilität. Sozialwissenschaftler sprechen von horizontaler Mobilität, bzw. residenzieller Mobilität, wenn Sie das Umzugsverhalten meinen, bzw. von vertikaler Mobilität in Bezug auf die Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Schichten und strukturellen Aufstiegsmöglichkeiten. Veränderungen in der horizontalen Mobilität verändern dabei die physische Mobilität. Immer mehr Menschen leben mit doppelten räumlichen Identitäten, in der Agglomeration und gleichzeitig im Erholungsraum, oder ziehen nach der Pensionierung in den Süden; – Patchworkfamilien oder beruflich bedingte Doppelstandorte, alles das fördert bzw. erzwingt die Zunahme der physischen Mobilität.³⁹ Die Verkehrs- und Raumplanung hatte dieses Phänomen bereits in den 70er Jahren intensiv thematisiert. Sie haben jetzt erneut Konjunktur. Es geht dabei um die Entwicklung neuer politischer und planerischer Instrumente zur nachhaltigen Gestaltung, Kanalisierung und Eindämmung der wachsenden erzwungenen Mobilität.⁴⁰

Wir haben auf zwei Debatten zur Zukunft der Gesellschaft geblickt, die im weitesten Sinn technologiegeprägt sind. Das gilt für die Zukunft zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Multikulturalität nur in viel indirekterem Maße. Sie stehen für einen anderen Typ von offenen Fragen, die über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft entscheiden.

38 Limbourg, Maria/Antje Flade/Jörg Schönharting (Hg.): Mobilität im Kindes- und Jugendalter. Opladen: Leske+Budrich 2000; Antje Flade(Hg.): Frauen und Männer in der mobilen Gesellschaft.Opladen: Leske+Budrich 1999; Flade, Antje: Mobilität aus ökopyschologischer Perspektive. Hagen: FernUniversität 1999; Claus Tully (Hg.): Erziehung zur Mobilität. Jugendliche in der automobilen Gesellschaft. Frankfurt: Campus 1999.

39 Arlt, Günter: Stadtstrukturen und deren Verkehrsauswirkungen. Dresden: IÖR 1994.

40 Dietrich Fürst/Bernhard Müller(Hg.): Wandel der Planung im Wandel der Gesellschaft. Dresden: IÖR 2000; Dietrich Fürst: Leitbilder in der Stadt- und Raumplanung von 1930 bis 1996. Hannover 1996; Fürst, Dietrich: Die Innovationskraft regionaler Politiknetzwerke. Nordrhein-westfälische Ansätze politischer Modernisierung im Vergleich. Gelsenkirchen: IAT 1993.

4 Zukunft der Zivilgesellschaft und des Gemeinsinns

Die Stützung und Stärkung der Zivilgesellschaft und die damit verbundene Eingrenzung und Neupositionierung staatlicher Aufgaben und Funktionen ist seit Jahren ein Schwerpunkt politik-, planungs- und sozialwissenschaftlicher Forschung. Wichtige Debatten über die Zukunft der Zivilgesellschaft betreffen die Veränderungen in der gesellschaftlichen Definition von Zivilgesellschaft, die Neubewertung von Ehrenamt, Empowerment und Partizipation als Leitbilder für das bürgerschaftliche Engagement, die Defizite im Steuerungssystem der Gesellschaft, Willensbildung und Systemvertrauen. Die Debatten werden in der Überblicksstudie zur Zukunft der Politik ausführlich geschildert und deshalb hier vor allem in ihren theoretischen Bezügen skizziert.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte ist der Begriff Zivilgesellschaft zu einer festen Größe geworden, wenn sich auch die jeweiligen Interpretationen unterscheiden. In der Transformationsforschung werden bsw. zivilgesellschaftliche Akteure unter dem Blickwinkel einer Demokratisierungsfunktion gegenüber autoritären Regimen⁴¹ analysiert, während die Dritte-Sektor Forschung die Zivilgesellschaft als nicht profitorientierte wohlfahrtliche Eigenleistung in Abgrenzung zu Markt und Staat diskutiert.⁴² Erörtert wird auch die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für das Entstehen sozialen Kapitals⁴³.

Der Zivilgesellschaftsbegriff ist als ein nicht abgeschlossener – und nie abschließbarer – Deutungsprozess zu sehen, der sich aus dem ideengeschichtlichen Hintergrund der Zivilgesellschaftsdebatte ableitet. Diese Debatte ist nach Klein gekennzeichnet „durch die konstitutive Rolle der Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft im politischen Liberalismus einerseits, und durch die Renaissance und Fortentwicklung des republikanischen Stranges der politischen Ideengeschichte, in dem die bürgerliche Gesellschaft als politische Gesellschaft verstanden wird und Bürgerbeteiligung sowie ein positiv werthaft besetztes Bürgerengagement eine herausragende Rolle spielen, andererseits“⁴⁴.

Auch in den gegenwärtigen Diskursen spielt die Stellung der zivilgesellschaftlichen Akteure zum Staat eine wichtige Rolle. Für Thierry ist die Zivilgesellschaft „eine vorstaatliche und vom Staat unabhängige Sphäre, in der die Interaktionen in und zwischen gesellschaftlichen Assoziationen stattfinden“⁴⁵. Diese Interpretation weist Hirsch zurück und hebt die Herausbildung der Nicht-Regierungs-Organisationen als spezifische Form des „Staat werdens“ formell privater Organisationen hervor⁴⁶. Bei Habermas werden sie als bloßes Gegenüber konzeptionalisiert, bei dem die Zivilgesellschaft den öffentlichen Raum als Medium demokratischer Selbstreflexion nutzt⁴⁷. Eine Vermittlungsfunktion wird der Zivilgesellschaft bei Cohen und Arato⁴⁸ zugewiesen, durch die Einfluss auf politisch-administrative und ökonomische Prozesse genommen werden kann.

Viele dieser Diskussionen fließen in die neuerliche Debatte um bürgerschaftliches Engagement und die Funktion staatlicher Institutionen ein. Hier gibt es eine Bewegung hin zum Leitbild staatlichen Verwaltungshandelns als Katalysator, Dirigent, Facilitator und Moderator im gesellschaftlichen Geschehen. Auf der

41 Lothar Probst: Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, Köln 1993

42 Annette Zimmer: Zwischen Markt und Staat: Der Non-Profit-Sektor in Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg.8, Heft 3, S. 103-107

43 Robert D. Putnam: Making Democracy work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton/New Jersey, 1993

44 Ansgar Klein: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung (Dissertation am Otto-Suhr Institut der Freien Universität Berlin), 1999

45 Peter Thierry: Zivilgesellschaft – ein liberales Konzept? in: Lauth, Hans Joachim; Mols, Manfred; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Zur Relevanz theoretischer Diskurse. Überlegungen zur Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwendung und sozialen Gerechtigkeitsutopien, Johannes-Gutenberg Universität, Mainz, Politikwissenschaftliche Standpunkte Bd 1, Mainz, S.70, 1992

46 Joachim Hirsch: Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftsverändernde Akteure, Frankfurt am Main (Manuskript), 1999

47 Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1995 (1. Auflage 1990)

48 Jean L. Cohen/ Andrew Arato: Civil Society and Political Theory, Cambridge, London, 1992

anderen Seite steht die Kritik am Rückzug des Staates aus Problembereichen, der Verantwortungsabgabe, der Defizite in der Selbstorganisation und der Wunsch nach Re-Regulierung.

Beide Stränge suchen gemeinsam nach der Fokussierung von gesellschaftlichen Schwerpunktbereichen für neue staatliche Rollen sowie für mehr Partizipation, Empowerment und ehrenamtliches Engagement: Verkehr und Mobilität, Bildung und Bildungspolitik, Wohnen und Wohnungspolitik, Sicherheit und öffentlicher Raum.

Aus Sicht der „Kommunitaristen“, etwa des (in Deutschland geborenen) jüdisch-amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni, ist die abnehmende Gemeinwohlorientierung und der Verlust an Gemeinsinn beim Einzelnen eine der gefährlichen Entwicklungen in unseren modernen westlichen Gesellschaften. Etzioni fordert gemeinschaftsfördernde Aktivitäten und Strukturen mit dem Ziel einer erneuerten „Verantwortungsgesellschaft“. Zu den unpopulären Konsequenzen seiner Forderungen gehört die wieder stärkere Stigmatisierung unsozialen Verhaltens.⁴⁹

Die Notwendigkeit stärkeren zivilgesellschaftlichen Engagements und auch die Stärkung partizipativer Teilhabe in Staat und Gesellschaft ist weitgehend unbestritten. Während von konservativer Seite bei zivilgesellschaftlichem Engagement eher an ehrenamtliche Aktivitäten gedacht ist, betonen reformorientierte Stimmen eher die Defizite im Steuerungssystem unserer repräsentativen Demokratie und die Notwendigkeit stärkerer Mitwirkungsmöglichkeiten. Offen bleibt die Frage, wo und wie zivilgesellschaftliche Elemente neu entstehen können. Viele Autoren sehen hier nur nahräumliche Gemeinschaften auf der einen und ökonomisch motivierte und organisierte Solidargemeinschaften auf der anderen Seite.⁵⁰ Dagegen wird in der neu entflammten Partizipationsdebatte die Notwendigkeit von echten Mitwirkungsmöglichkeiten, von Ernstfallsituationen, im demokratischen Steuerungssystem betont. Das Problem der strukturellen Defizite in der Produktion kollektiv bindender Entscheide und das zu geringe und weiter sinkende Systemvertrauen in die repräsentativen Verfahren und Institutionen kann nur durch Verlagerung von Einfluss auf neue bürgerschaftliche Steuerungsinstrumente gelöst werden. Diese Debatten werden in der Überblicksstudie zur Zukunft der Politik ausführlich dargestellt (s.d.).

Im folgenden beschränken wir die Darstellung deshalb auf die Debatten über die Zukunft von Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung. Als politischer Leitbegriff hat das Gemeinwohl in den Diskussionen um die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, bürgergesellschaftliches Engagement und „Sozialkapital“ an Bedeutung gewonnen. In einer pluralistischen Gesellschaft muß allerdings stets aufs neue ausgehandelt werden, was das allgemeine Wohl überhaupt ausmacht. In den zivilgesellschaftlichen Debatten bedienen sich viele wissenschaftliche Akteure (z.T. unreflektiert) der Gemeinwohrrhetorik. Die breite Verwendung von Gemeinsinn und Gemeinwohl und die durch sie gestützte politische Praxis sind Indikatoren des Wandels politischer Orientierungen und Institutionen.

Das Gemeinwohl enthält als normatives Ideal implizit Vorstellungen davon, wieviel Gemeinsinn von den Bürgern aufgebracht werden soll. Zugleich bedarf es bei den Bürgern eines vorgängigen Mindestmaßes an Gemeinsinn, um überhaupt motiviert zu sein, sich für das normative Gemeinwohl-Ideal zu interessieren.⁵¹

Gemeinwohl und Gemeinsinn werden auf drei Ebenen diskutiert, als Idee und Begriff, als politische Semantik und als praktisch-politische, rechtlich vermittelte Steuerungsinstrumente.

Ein Problem der pluralistischen Gesellschaft ist die Schwierigkeit mit einer substantialistischen Gemeinwohldefinition. Wie kann, so wird gefragt, die „Leerformel“ Gemeinwohl rhetorisch gefüllt werden. Substi-

49 Amitai Etzioni: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt: Campus 1997.

50 Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main: Insel, 1979

51 Münkler, H. & K. Fischer (Hg.) Gemeinwohrrhetorik und Solidaritätsverbrauch. Integrationsprobleme moderner Gesellschaften. Berlin (im Erscheinen).

tutsbegriffe, wie öffentliches Interesse, Gemeinnützigkeit, zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement und anderes mehr sind einzubeziehen. Nähert man sich auf diese Weise einer Präzisierung der Grundbegriffe, so läßt sich „Gemeinwohl“ als eine Handlungsorientierung fassen, die auf einen über der bloßen Aggregation von Einzelinteressen liegenden Mehrwert von Kooperation zielt und dabei zugleich auf den Erhalt der Bedingungen und Voraussetzungen des kooperativen Verhaltens abstellt. Bei der positiven Bestimmung des Gemeinwohls geht es um die Verteilung von Aufgaben, aber wesentlich um Zumutungen und Lasten im Interesse des überindividuellen Wohls und Erhaltes des Gemeinwesens.

Forschungen zum Begriff des „Gemeinwohls“ gibt es sowohl von politologischer, juristischer wie volkswirtschaftlicher Seite. So hat Birger Priddat vom Lehrstuhl für Volkswirtschaft und Philosophie der Universität Witten/Herdecke die Funktion von Netzwerken und virtual communities für die Modernisierung des Gemeinwohls untersucht.⁵²

Wie wird nun Gemeinsinn produziert? Jean-Pierre begreift ihn als temporäres Resultat und als eine Tätigkeit mit Gemeinschaftsbezug, die Anschlußhandlungen gleicher Art ermöglicht. Dabei tritt die motivationale Seite zurück, aber das prozedurale Moment und der temporäre Charakter des Gemeinsinns treten hervor.

Die Debatten über Gemeinwohl und Gemeinsinn in der Zivilgesellschaft verweisen allesamt darauf, dass es vorpolitische Voraussetzungen des Politischen gibt, die durch die Politik nicht selbst reproduziert werden können, etwa bestimmte moralische Einstellungen und anderes mehr. Der Begriff der soziomoralischen Ressource hebt nun darauf ab, dass diese Einstellungen für die Politik in Anspruch genommen werden und dadurch zu einer Ressource von Politik gemacht werden. Das heißt, der Rückgriff auf sie ist ein Veränderungsprozeß, in dem etwas Vorpolitisches in den Bereich der Politik hineingezogen wird.

Über die Frage, ob der politische Prozess selbst eine Reproduktion dieser in Ressourcen von Politik verwandelten Voraussetzungen leisten kann, oder nur „Verbraucher“ ist, herrscht Dissens. Die Zukunft unseres demokratischen Steuerungssystems hängt aber davon ab, dass sinnvoll erlebbare Mitwirkungsmöglichkeiten im Nebeneffekt zu mehr Gemeinsinn führen. Die Debatten zur Zukunft der Zivilgesellschaft erhalten auf diese Weise eine zunehmend sozialpsychologische Seite. Die Lösung der Debatten zwischen philosophischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen scheinen in sozialpsychologischen Befunden zu liegen.

Mit diesem Zwischenbefund wenden wir uns nun einer weiteren Debatte zur Zukunft der Gesellschaft zu, der ethnischen und kulturellen Segregation und Integration.

52 Birger P. Priddat: Der bewegte Staat. Formen seiner Reform. Notizen zur „new governance“. Marburg : Metropolis 2000; Ders.: Moralischer Konsum. 13 Lektionen über die Käuflichkeit. Stuttgart: Hirzel 1998.

5 Multikulturelle Gesellschaft und Migration: Vielfalt und Segregation

Weite Teile der Gesellschaft verstanden Deutschland bisher nicht als Einwanderungsland. Die Integration der ausländischen Mitbürger vollzog sich deshalb nur schleppend. Die grundsätzliche Verschiebung hin zu einem integrativen Einwanderungsland prägt allerdings seit Jahren zumindest die wissenschaftlichen Debatten über Migration, Ausländerfeindlichkeit, Integration und Segregation der Gesellschaft.

Eine wichtige Initiativfunktion für diese Debatte kommt dabei dem aus den letzten Jahren der alten Bundesrepublik formulierten Leitbild der multikulturellen Gesellschaft, wie es von dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie formuliert wurde, zu (Claus Leggewie: Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin 1990.). Im gesellschaftlichen und politischen Umfeld blieb der Einfluss dieser Debatte aber auf einzelne Kommunen (Frankfurt, Berlin) beschränkt.

Seit 1990 hat sich die Situation durch zwei Entwicklungen verändert: auf der einen Seite die bis dahin in Westdeutschland unbekannt radikale Ausländerfeindlichkeit, die das Leitbild der multikulturellen Gesellschaft erschüttert und hinterfragt, zum anderen die im Zuge der demographischen Veränderungen erzwungene politische Hinwendung zu einer echten Einwanderungspolitik, die eine positive, offene Diskussion des Leitbilds der multikulturellen Gesellschaft erfordert. Für erstere Reaktion steht etwa (politisch) die Äußerung des Innenministers Schily, „Das Boot ist voll“, und (wissenschaftlich) die Bevölkerungsforscherin Bärbel Höhn. Lohnend wäre hier auch ein Blick über die Grenzen nach Frankreich und England. Beide Länder haben diese Debatten schon länger geführt und in mancher Hinsicht bereits hinter sich (Hansen, 2000).

Die multikulturelle Gesellschaft als Tatsache in den wissenschaftlichen Debatten

Die „multikulturelle Gesellschaft“ wurde in der wissenschaftlichen Diskussion in Deutschland als eine feststehende Tatsache eingeführt: „Denn die multikulturelle Gesellschaft haben wir schon.“ (Claus Leggewie, 1990). Diese Anwendung des Begriffes ‚multikulturelle Gesellschaft‘ bedeutete die Anerkennung der tatsächlich bestehenden kulturellen Unterschiede in unserer Gesellschaft.

Leggewie lieferte mit seiner Publikation 1990 die Antwort eines Politikwissenschaftlers auf die Versuche liberaler Politiker (Geißler, 1990), der Kirchen (Miksch, 1989), einiger engagierter Sozialwissenschaftler (Brumlik, 1990; Schulte, 1990) und der alternativen Szene, die Ablehnung der Vorstellung von Deutschland als Einwanderungsland durch die Vision von Deutschland als einer multikulturellen Gesellschaft zu überwinden.

Leggewies Sicht zu Beginn der 90er Jahre ist wie folgt: „Die meisten Visionen multikulturellen Zusammenlebens sind indessen klinisch konfliktfrei; sie entsprechen den Projektionen besseren Lebens, die bei Postmaterialistischen Usus sind.“ (Leggewie 1990:154). Darüber hinaus beschreibt er die soziologischen Analysen, die bis zu dieser Zeit vorlagen, „...als hätten fünf Millionen Einwanderer fremder Ethnizität eigentlich überhaupt keine besondere Bedeutung; so, als laboriere die deutsche Gesellschaft der neunziger Jahre immer noch so ‚identisch‘ an ihren Grund- und Nebenwidersprüchen wie in den Fünfzigern, als Deutschland beinahe so ‚ausländerrein‘ war, wie sich die Nazis ihr eugenisch genormtes Homeland gewünscht hatten. Ethnizität ist aber nicht bloßer Schein der sozialen Frage.“ (S.8)

Die laufende Völkerwanderung ist ein „fait social total“ (Marcel Mauss). Man kann aber aus einem sozialen Faktum keine moralische Norm basteln. Die Einwanderungsgesellschaft ist nicht utopiefähig. Weder kann die ethnische Vielfalt an sich jemanden retten, noch wird sie die europäische Menschheit ins Unglück stürzen. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Dauerbaustelle, ein weiteres „stabiles Provisorium“. Das schafft Aussicht auf Verbesserung, aber bisweilen auch Stockung und Verdruß.

Leggewie erhebt seit vielen Jahren die Forderung: „Die multikulturelle Gesellschaft muss politische Gestalt bekommen; Sie muß sich zu einer modernen Vielvölkerrepublik entwickeln“ (Leggewie 1990). Letztendlich ist Leggewies Buch – trotz des Titels „Multikulti“ und seines polemischen und essayistischen Stils – ein Plädoyer für die Entwicklung von „Spielregeln für eine Vielvölkerrepublik“.

Wie gestalten wir die multikulturelle Gesellschaft?

Parallel zur stattfindenden Wiedervereinigung, neuen Migrationsströmen, rassistischer Gewalt usw. in Deutschland entstand auf internationaler Ebene eine andere Debatte: ein philosophischer und ideologischer Appell zur multikulturellen Gesellschaft als einer Gesellschaft mit dem „Recht auf Differenz“. Diese Position wurde am ausführlichsten von dem Kanadier Charles Taylor (1992/93) ausgeführt. Hier ist „das menschliche Grundbedürfnis nach Anerkennung“ am detailliertesten artikuliert. Seiner Vorstellung nach ist es ein grundlegendes Bedürfnis des Individuums, in seiner Besonderheit anerkannt zu werden (Schiffauer 1997). Wie Schiffauer herausarbeitet soll das „Recht auf Differenz ... nicht auf Individuen beschränkt werden“, weil es „unter bestimmten Umständen nur dann nicht ausgehöhlt und illusorisch wird, wenn es kollektiv vertreten wird.“ Die Folgen davon sind, dass „kollektive Rechte eingefordert bzw. Pflichten angemahnt werden“, und diese Position gerät in Konflikt mit der universalistischen Position: denn nun werden Verpflichtungen für den Einzelnen aus seiner Herkunft abgeleitet.“ (Schiffauer 1997:146).

Die Gefahr läge darin, dass – wenn das Thema „Kultur“ ins Zentrum rückte – der Andere auf seine Andersartigkeit festgelegt würde (Schiffauer:144). Schiffauer bezieht sich hier vornehmlich auf die „Leichtigkeit, mit der die Rechte den kulturalistischen Diskurs aufgreife. Z.B. Le Pen, der die kulturelle Identität der Franzosen verteidigen möchte“. Auch der „neue Rassismus“ argumentiere durchweg kulturalistisch: „An die Stelle der Reinheit der Rasse trete die Reinheit der Kultur“ (Schiffauer 1997:144).

Die Problematik der Identifikation von Kultur als zentralem Konzept eines Mitgliedes der Gesellschaft reflektiert auch eine breitere sozialwissenschaftliche Debatte. Häufig wird Kultur als der bestimmende Faktor für Rechte oder für die erfolgreiche Integration in eine Gesellschaft angesehen. Die sozialwissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik hat lange Zeit Kultur zum Maßstab von Integrationsfähigkeit genommen. Lange hat dieser Ansatz auch den politischen Diskurs bestimmt: Erst wer sich kulturell angepasst zeigt, bekommt zum Lohn Zugang zur Staatsbürgerschaft. Ignoriert wird dabei die Prozesshaftigkeit von Kultur, und dass kulturelle Grenzen oft fließend, überlappend und nur mehr oder weniger festgelegt sind. „Die kulturalistische Position ... leugnet damit die prinzipielle Offenheit und Lebendigkeit einer jeden Kultur“ (Schiffauer, S. 150).

Schiffauer zeigt, wie die Kulturanthropologie heute eine eher dynamische Definition von Kultur hat, wo „Kultur... immer häufiger als Diskursfeld...konzipiert (wird).“ Ein Feld, in dem „...Werte, Normen, Deutungsmuster ständig neu von kulturellen Akteuren ‚verhandelt‘ werden ..“ (S.148).

Gerade diese Einsichten sind wichtig, wenn das Ziel die Gestaltung einer multikulturellen Gesellschaft ist. In seiner Diskussion des Kulturalismus konfrontiert Schiffauer diesen Ansatz mit einer universalistischen Einstellung, vertreten vorwiegend durch die Position des französischen Philosophen Finkielkraut (1987 / 1989). Damit steigt er in eine politische Debatte ein, die auch Finkielkraut absorbiert hat. Finkielkraut bezeichnet

die Ängste gegenüber „kultureller Identität“ und den „Multikulturalismus“ als eine Rebellion außereuropäischer Nationen gegen westliche Herrschaft, und dadurch auch als Ablehnung des Universalismus der westlichen Länder. Ähnlich hat Samuel Huntington (1996) Ängste dem Multikulturalismus gegenüber als Bedrohung grundlegender Werte der westlichen Kultur (Huntington 1996) artikuliert.

Das Resultat ist, aus der Sichtweise von Schiffauer, dass die universalistische Position hauptsächlich durch diese Auseinandersetzung vertreten wird. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die „Universalisten“ durch ihre Betonung des ständigen Neuverhandelns soweit radikalisiert sind, „...dass man nicht mehr von ‚Kulturen‘ sprechen sollte, sondern nur von Individuen“ (S. 150). Dem gegenüber hat Schiffauer zwei Einwände: Zum einen verlor wir dadurch Einsicht in Prozesse wie kulturelle Entfremdung, kulturelle Diskriminierung oder kulturellen Imperialismus; zum anderen lehnten wir dadurch all diejenigen ab, die für ihre Kultur Anerkennung fordern und dadurch ein falsches Bewusstsein unterstellt bekämen. Diese Analyse zeigt eindeutige Schwächen in den universalistischen Positionen à la Finkelkraut, aber es übersieht eine andere Debatte, die in die politische und gesellschaftlich Grundordnung einer pluralistischen Gesellschaft Einsicht bringt.

Das bringt uns zurück zu der Ausgangsfrage der Gestaltung der multikulturelle Gesellschaft. „Bevor man die ‚Spielregeln‘ der Vielvölkerrepublik festlegt,“ so Leggewie, „muss daran erinnert werden, worum es im Kern geht. Einwanderung – bisherige und künftige – hat die unscheinbare Randfrage der Mitgliedschaft von Bürgern in der politischen Gesellschaft zum Schlüsselproblem gemacht, da nun das republikanische Selbstverständnis nicht mehr auf ‚natürlichen‘ Grundlagen wie Volkstum oder Geschichte ruhen kann, aber auch nicht dem Ideal einer grenzenlosen Diskursgemeinschaft entspricht. Wie also sind staatlich verfasste Multikultur-Gemeinschaften konstruiert, wie funktionieren sie?“

Diese Frage ist bisher nicht direkt von der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung in Deutschland allein zu beantworten. Hier müsste eine Auseinandersetzung mit der Gestaltung der multikulturellen Gesellschaft auf der Basis der Erfahrungen in Australien und Kanada stattfinden. Das kann an dieser Stelle jedoch nicht geschehen.

Bürgerschaft und Nationalität

Jeder Nationalstaat hat ein dominantes Selbstverständnis über die Gestaltung seines Konzeptes der Demokratie, das sich in bestimmten Schlüsselarrangements, wie z.B. Verfassungen, ausdrückt, und auch sein Verständnis von Bürgerschaft sowie die Regularien für den Zugang zur Staatsbürgerschaft (Einbürgerung) einschließt.

Staatsbürgerschaft schließt offenbar auch verschiedene Sinngehalte ein, je nach politischer und sprachlicher Tradition. Zum Teil werden die Konzepte von Staatsbürgerschaft und Nationalität auch miteinander verwechselt. Nach der deutschen Tradition der Staatsbürgerschaft (Oberndörfer, 1991) verwundert diese Verwechslung deshalb nicht, weil Staats- und Volksverständnis eng beieinander liegen. Die englischen und französischen Begriffe „citizenship“ bzw. „citoyenneté“ beinhalten die oben genannten Rechte und Pflichten innerhalb einer sozio-politischen Gemeinschaft. Der Begriff der „Nationalität“ kommt demgegenüber aus dem semantischen Kontext von ethnos, Nation und Nationalstaat.

„Bürgerschaft“ als „citizenship“ – dieser aktive Beitrag von „citizenship“ hat bisher nur von wenigen Sozialwissenschaftlern Aufmerksamkeit bekommen. Ein Staatsbürger, d.h. Mitglied einer politischen Gemeinschaft zu sein bedeutet, bestimmte Rechte und Pflichten zu haben, die für Nicht-Staatsbürger entfallen (Preuß, 1993:117). Nach Walzer (1983) existieren zwei verschiedene Ansätze zur Bedeutung von Staatsbürgerschaft. Der erste beschreibt Staats-bürgerschaft als eine Aufgabe, eine Verantwortung, eine Pflicht,

die mit Stolz übernommen wird. Der zweite beschreibt Staatsbürgerschaft als einen Status, einen Anspruch, ein Recht oder ein Bündel von Rechten, die passiv genossen werden (Nauta 1992).

Es ist gerade dieser Kontext, in dem sich zentrale Fragen der Gestaltung der multikulturellen Gesellschaft verankern. Republikanisches Selbstverständnis und demokratische Spielregeln haben auch einen universalistischen Ansatz. Ein zentraler Gedanke ist die Teilnahme der Bürger an der Gestaltung der Gesellschaft. Daran knüpft die Frage nach dem Recht als einem Garanten demokratischer Stabilität, die für die Menschen erst Sicherheit in Selbstbestimmung ermöglicht.

Oberndörfer (1987, 1994) war einer der ersten Politikwissenschaftler, der im Zusammenhang von Einbürgerung und Bürgerrechten für die in Deutschland angesiedelten Ausländer auf die Bedeutung der republikanischen Grundlagen der deutschen Verfassung aufmerksam machte. Er wies früh auf die Widersprüchlichkeit hin, mit der in der Bundesrepublik Ausländern, die hier wohnen und aufgewachsen (gar hier geboren) sind, die jahrelang Steuern zahlen und sich in die politische und rechtliche Ordnung einfügen wollen, das Recht auf Einbürgerung verwehrt wird.⁵³

Bürgerschaft und kulturelle Vielfalt

Oberndörfer betont die Schutzfunktion der republikanischen Verfassung für die kulturelle Freiheit aller Bürger, die sich damit für kulturelle Vielfalt und Dynamik. *„Im republikanischen Verfassungsstaat gibt es keinen ‚nationalen‘ Geschmack, keine ‚nationale‘ Kunst oder Religion. Es bleibt den Staatsbürgern überlassen, welche Kulturwerte sie sich innerhalb der Grenzen der Rechtsordnung und ihrer kulturellen Grundwerte aneignen und für sich selbst verbindlich halten wollen. Dieses Recht muß in Deutschland auch für Staatsbürger nicht-deutscher Herkunft und für Ausländer gelten, die keine Deutschen sind oder werden wollen.“* Für Oberndörfer (1994:37) ist damit klar: „Kriterien für die Zugehörigkeit zur Republik können nur Bejahung der Verfassung und Gesetzestreue sein. Das Bürgerrecht darf im republikanischen Verfassungsstaat nicht wegen der Beheimatung in einer fremden Kultur verwehrt werden.“ Er betont, dass eines der wichtigsten Prinzipien des Verfassungsstaates die Freiheit der Kultur sei. „Kulturelle Homogenität, in Sinne fugenloser, konfliktfreier Übereinstimmung kultureller Werte hat es nie und nirgendwo gegeben. Kulturelle Dynamik ergab sich stets aus der Neuinterpretation der Überlieferung oder aus kulturellem Austausch. Es bildeten sich stets auch kultureller Pluralismus und Konflikt“ (S. 139). Für Oberndörfer ist es klar, dass die Gesellschaften aller Zeiten immer auch „multikulturell“ waren.

Brubaker (1989) interpretiert Staatsbürgerschaft als Mitgliedschaft in einem Nationalstaat. Seiner Auffassung nach ist ein Nationalstaat nicht nur ein Faktum, sondern auch ein Ideal. Ein Modell der Mitgliedschaft, das nach Brubaker in der laufenden Debatte über Zuwanderung und Staatsbürgerschaft eine Rolle spielt, enthält die im folgenden aufgeführten Charakteristika: Egalität, Ehrhaftigkeit (Loyalität und die Bereitschaft, Opfer zu bringen), nationale Identität (eine kulturelle Gemeinschaft), Demokratie (Teilnahme an politischen Entscheidungen), die Ausschließlichkeit einer Staatsbürgerschaft sowie bestimmte soziale Konsequenzen, d.h. Privilegien und Pflichten (Brubaker, 1989:3).

Bauböck setzt sich mit diesen Charakteristika des Nationalstaats auseinander. Die grundsätzlichen Widersprüche zwischen den Prinzipien der Staatsbürgerschaft und denen der Nationalität veranlassen Bauböck

53 Die Entscheidung des Bundestages am 7. Mai 1999 für das neue Staatsbürgerschaftsgesetz bedeutet eine qualitative Veränderung des bisherigen deutschen Konzeptes des Zuganges zur Staatsbürgerschaft. Das „ius sanguinis“ Prinzip (Blut) ist durch das „Territorialprinzip“ erweitert worden. Mit ihrer Geburt im Inland dürfen nun Kinder ausländischer Eltern deutsche Staatsbürger werden. Mindestens ein Elternteil muß dauerhaft in Deutschland leben und eine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzen. Diese Kinder müssen zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit optieren. Das Gesetz betrifft also vornehmlich Kinder von Ausländern mit entsprechender Aufenthaltsdauer in Deutschland, die hier geboren sind.

zu der Forderung, dass die beiden Konzepte auseinander gehalten werden sollten. Nach seiner Auffassung beziehen sich nur drei der o.g. Charakteristika auf Staatsbürgerschaft: Egalität, Demokratie und die sozialen Konsequenzen. Die anderen drei Merkmale – Ehrhaftigkeit, kulturelle Homogenität und die Ausschließlichkeit einer Staatsbürgerschaft – haben seiner Meinung nach nichts mit Rechten zu tun, sondern mit den Kriterien der Mitgliedschaft. Diejenigen Personen, die nicht in die Gemeinschaft eingebunden, die kulturell andersartig oder bereits Mitglieder einer anderen Gemeinschaft sind, können dadurch legitimerweise aus der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden (Bauböck, 1992a:10).

In der republikanischen Tradition wird „Bürgerschaft“ allgemein als getrennt von Nationalität (und Kultur) gesehen. Auch Habermas (1992) begreift das moderne Konzept der Staatsbürgerschaft als Entwicklung aus Rousseaus Konzept der Selbstbestimmung als Resultat eines Vertrages zwischen dem Volk und seiner Regierung (Habermas, 1992:4). Habermas setzt den Schwerpunkt nicht auf nationale Identität, sondern auf das Verfahren zur Herstellung politischer Willensbildung. In dieser Tradition argumentiert er, dass das Volk seine Identität nicht einer vorher entstandenen Homogenität der Abstammung oder Kultur verdanke, sondern dem Konsens, der im Laufe einer Auseinandersetzung zwischen freien und gleichgestellten Bürgern erreicht wird. So gesehen waren Staatsbürgerschaft und nationale Identität niemals konzeptionell verbunden. Nur für eine kurze Zeit schmiedete der demokratische Nationalstaat eine enge Verbindung zwischen „ethnos“ und „demos“. Diese Auffassung korrespondiert mit anderen soziologischen Theorien, die das Konzept der Staatsbürgerschaft (citizenship) als eine moderne Basis der sozialen Solidarität sehen (Turner 1993).

Der Jurist, Ulrich Preuss (2001) bringt genau an diesem Punkt seine Kritik ein – „wir brauchen mehr als Verfassungspatriotismus oder Grundgesetz!“ „Die Aufgabe einer Einwanderungsgesellschaft besteht vielmehr in der Anerkennung kultureller Eigenheiten der zugewanderten Minderheiten. Und zwar mit dem Ziel, diese zu mit konstituierenden Trägern der Gesellschaft zu machen.“

Weiter meint Preuss „Für ein solches Gemeinwesen ist das Konzept der stets als Ausnahme gedachten individuellen Pflichtenbefreiung unangemessen. ...Der Integration von Einwanderern in die deutsche Gesellschaft dienen solchen Ausnahmeregelungen nicht.“ Sie sind auch nicht für eine Einwanderungsgesellschaft gedacht. „Da wir uns nun als eine Einwanderungsgesellschaft begreifen müssen,“ so Preuss, „heißt das: Wir dürfen die Zugewanderten nicht als unvollkommene Deutsche betrachten, die für eine gewisse Zeit, zumindest in der ersten Generation, am Rand der Gesellschaft leben werden. Genau das aber würde eine Politik der formalen Gleichheit, der strikten kulturellen Neutralität gegenüber allen Individuen und ihren kulturellen Bindungen bedeuten.“ Preuss schlägt deshalb vor, den Weg des Kanadiers Taylor (1992/ 1993) zu gehen und seine „Politik der Anerkennung“ zu betreiben. Seiner Meinung nach schätzt dieser Ansatz den Eigenwert der kultureller Differenzen und schützt die darauf gestützte Behauptung von Identität – eine Identität, die auch von Gruppen geprägt wird. Er versteht das Taylor'sche Konzept als eines, das weder eine Garantie von Gruppenrechten durch völkerrechtlichen Minderheitenschutz, noch ein kulturrelativistisches Bekenntnis zur multikulturellen Gesellschaft hat. Anhand dieser Stellungnahme wird klar, wie weit sich die Betrachtungsweisen von Kulturanthropologen, Soziologen und Juristen unterscheiden.

Zur Problematik dieser Art von Betrachtung versucht Schiffauer (1997) anhand seiner Forschung über die türkischen Migranten in Deutschland ein differenziertes Modell der Anerkennung zu entwickeln, die die Vielschichtigkeit dieser Gruppe von Migranten respektiert. Die angenommene „kollektive Identität“ der Migranten aus der Türkei ist „äußerst differenziert“. Nach seiner sehr synthetischen Beschreibung der religiösen, ethnischen, sprachlichen, ideologischen und generationsbedingten Vielfältigkeit der Migranten aus der Türkei faßt er zusammen: „All dies zeigt, dass von der ‚Türkischen Kultur‘ in der Bundesrepublik nur im Sinne eines lebendigen und offenen Diskursfeldes gesprochen werden kann. Die Heterogenität der Positionen, die eingenommen werden, bedeutet indes nicht, dass sich nicht allgemein die Frage nach Anerkennung stellen würde. Es gibt ein Bedürfnis danach, allerdings nicht in der statischen Form, in der Taylor

es einführt. Was nach Anerkennung heischt und der Anerkennung bitter bedarf, ist nicht die Nation oder auch Religion, sondern die besondere Lage, als Türke in Deutschland zu leben. Es geht um die Anerkennung der Prozesshaftigkeit, der Komplexität und der Dynamik der Situation:..“ (Schiffauer 151). „Die Forderung, die sich aus all dem ergibt, lautet: Es ist notwendig, die schwierige Situation anzuerkennen, vor die ein Angehöriger einer der türkischen Kulturen in Deutschland gestellt ist – und zwar gerade um zu vermeiden, dass kulturalistische Positionen entstehen.“ (S. 155).

Dazu bringt auch Habermas in seinem Kapitel der deutschen Ausgabe von Taylor (1993) eine sehr differenzierte Stellungnahme zu der Problematik der kollektiven Rechte von kollektiven Akteuren und ihrer kollektiven Ziele ein. Dabei macht Habermas zwei wichtige Beobachtungen: „In diesem ‚Kampf um Anerkennung‘ artikulieren sich...kollektive Erfahrungen verletzter Integrität (Honneth 1992). Sind diese Phänomene mit einer individualistisch angelegten Theorie der Rechte in Einklang zu bringen?“ (Habermas 1993:148).

Habermas geht davon aus, dass (sich) „...der demokratische Prozeß der Verwirklichung gleicher subjektiver Rechte erstreckt auf die Gewährleistung der gleichberechtigten Koexistenz verschiedener ethnischer Gruppen und ihrer kulturellen Lebensformen (erstreckt).Daraus ergeben sich weitreichende Statusgarantien, Rechte auf Selbstverwaltung, infrastrukturelle Leistungen, Subventionen usw....Diese und ähnliche Verpflichtungen resultieren aus Rechtsansprüchen und keineswegs aus einer allgemeinen Wertschätzung der jeweiligen Kultur....Denn der Schutz von identitätsbildenden Lebensformen und Traditionen soll ja letztlich der Anerkennung ihrer Mitglieder dienen; er hat keineswegs den Sinn eines administrativen Artenschutzes“ (Habermas 1993:173).

Deutschland als Einwanderungsland : Vielfalt und Segregation

Das Ausmaß und die Bedeutung von Segregationsprozessen in der multikulturellen Gesellschaft findet keine einfache Antwort in den sozialwissenschaftlichen Debatten. Es gibt eine Reihe von Indikatoren der Segregation. Die Muster der Wohnortsansiedlung in den Städten sowie die schulische und berufliche Verteilung der Nicht-Deutschen, insbesondere der türkischen Staatsangehörigen, zeigen eine offensichtliche Abweichung vom Muster der deutschen Bevölkerung.

Dieses Muster der Abweichung ist gar nicht so erstaunlich bei Migranten der ersten Generation. Nur ist nach 35 Jahre Einwanderung das Ausmaß der Segregation noch genauso stark oder hat sich verstärkt. Die ursprünglichen Vorteile in der Entstehung ethnischer Kolonien (Communities) (Heckmann 1981) werden in Frage gestellt.

Die Erklärung für die Dauer und Verfestigung der ethnischen Verdichtung in manchen Stadtteilen unterscheiden sich. Die häufigste Erklärung dieses Prozesses reicht von der Annahme der Attraktivität der ethnischen Community als Anziehungspunkt bis hin zur Annahme eines freiwilligen Rückzugs in ghettoähnliche Verhältnisse und einer Reethnisierung der folgenden Generationen. Die ländliche Herkunft und der Unterschichtstatus der türkischen Migranten erklären die fehlenden Ressourcen zur geographischen oder sozialen Mobilität der ersten und zweiten Generation. Es gibt mindestens zwei Gründe, weswegen Politik und Behörden auf die Ausländerkonzentration kritisch reagieren: Erstens erschwere es die Integration und böte geringere Anreize zum Erlernen der Sprache und sonstiger Kulturtechniken des Landes. Zweitens, wegen der „Sozialverträglichkeit“ – die Vermeidung von Konzentrationen in einem Wohngebiet „macht sie weniger sichtbar und bildet daher weniger Anstöße zu fremdenfeindlichen Projektionen“ (Häußermann 1998:147-148). Die sozialwissenschaftlichen Theorien widersprechen der Verallgemeinerbarkeit solcher Annahmen; die ethnischen Kolonien und die entsprechenden sozialen Netzwerke von Migranten erhöhen den Informationsfluss und das Migrations-“Know-How,“ sowie die Orte der Akkulturation (Heckmann 1981, Häußermann 1998). „Die Verhinderung von Segregation ‚an sich‘ ist kein sinnvolles Ziel, vielmehr müssten

die Qualitäten von sozialräumlichen Konzentrationen genauer daraufhin analysiert werden, ob sie eher auf externer Distanzierung und damit Exklusion oder eher auf innerer Kohäsion und damit inklusiven Netzwerken beruhen. Die Bildung von diskriminierenden Ghettos,...dauerhafter Marginalisierung..., hat zwei Voraussetzungen: Externe Distanzierung...Vorurteile und Diskriminierung auf den verschiedenen ‚Märkten‘ der Konkurrenz um knappe Güter‘ (Esser 1985: 144), ...interne Bindungen...kulturelle...und nationale Homogenität (Häußermann 1998:150).“

Akkulturationstheorien reichen offensichtlich nicht, um Segregationsprozesse und die ungleiche Wohnversorgung von Minderheiten (ethnische Minderheiten, Migranten) zu verstehen. Sie sind auch ein Ausdruck sozialer Ungleichheit zwischen gesellschaftlichen Gruppen. „Die Auswirkungen der Diskriminierungen von ‚Gastarbeiter‘ hat Ipsen (1981) in Mannheim analysiert....[und festgestellt] dass die am wenigsten attraktiven Wohnungen keineswegs die mietpreisgünstigsten sind,...[als Ergebnis:]erhebliche Segregation im Wohnungsmarkt... und Nicht-Deutsche erhielten...keine Vorteile aus der Wohnraumförderung.“ (Djangschat 1998:75).

Einerseits ist Segregation und soziale Distanz zwischen Migranten und der Mehrheitsbevölkerung eine Auswirkung des bisherigen Mangels an Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland und der Wahrnehmung der „Einwanderer“ über ihre Zukunft in Deutschland (Hoffmann 1996; Wilpert 1983; Wilpert und Gitmez 1993). Bade (1993: 143) bewertet das Verhältnis der Aufnahmegesellschaft und der Migranten in Deutschland als eines „zwischen frustrierten Einwanderungsperspektiven, multikulturellen Ersatzvisionen und ethno-sozialen Spannungslagen“ (Djangschat 1998:80). Andererseits ist dieser Prozess im Zusammenhang mit dem Strukturwandel und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen zu sehen (Djangschat 1998, Häußermann 1997, 1999).

Die moderne Stadt ist heute nach Häußermann (1997, 1999, Heitmeyer, W., R. Dollase und O. Backes 1998) an einem Wendepunkt. Während der Industrialisierung erbrachten die Städte im Zuge der Landflucht am Beginn des Jahrhunderts und im Zuge der großen Bevölkerungsbewegungen am Ende des zweiten Weltkriegs die notwendige Integrationsleistung. „Unglaubliche Mengen von Zuwanderern sind in die Stadtgesellschaft integriert worden. ...Bewohner einer Stadt zu sein, hieß bis in die 70er Jahre hinein für alle, teilzuhaben an einem Prozeß des sozialen Aufstiegs....“.

Heute sieht Häußermann (1999: 33) „...starke Tendenzen zu einer neuen sozialräumlichen Fragmentierung der Städte....und...die sozialräumliche Struktur der Städte könnte selbst zu einer Ursache für soziale Ausgrenzung werden.“ Die Begründung dafür findet Häußermann vorwiegend im gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Strukturwandel, der die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung verändert. „Die sozialräumliche Struktur der Stadt, insbesondere das System der Wohnversorgung produziert selbst soziale Strukturen....Die Stadtstruktur spiegelt soziale Strukturen nicht nur wider, sie produziert auch soziale Strukturen“ (199:34).

Den Verlust von Massenarbeitsplätzen in der Industrie, das Verschwinden von niedrig qualifizierten Tätigkeiten in Industrie, Tertiarisierung der Produktion, Dualität der Qualifikationsstruktur, Wachstum der hochqualifizierten Tätigkeiten sowie niedrige Qualifikationen und niedrige Bezahlung von anderen Dienstleistungen: Insgesamt findet eine Polarisierung der Beschäftigungsverhältnisse und wachsenden Arbeitslosigkeit statt. Vorauszusehen ist, dass Heute wie Morgen das Segment der niedrig bezahlten Un- und Unterbeschäftigten aus Zuwanderern rekrutiert wird. „Infolge von Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen entstehen für die Städte die bekannten Folgen: die Einkommenssteuer- und Gewerbeeinnahmen der Städte sinken, während die Sozialausgaben steigen.“ Häußerman kommt zu dem Schluss: „Je mehr sich der Staat und die Gemeinden aus der sozialen Steuerung der Wohnraumversorgung zurückziehen, desto deutlicher werden sich die gesellschaftlichen Spaltungen in sozialräumlichen Gegensätzen manifestieren“ (Häußermann 1998:172).

„Die Wohnungspolitik..., die Wohnraumversorgung (ist seit langem) immer stärker den Marktmechanismus ... überlassen. Gleichzeitig ist gerade die Wohnraumversorgung und...die räumliche Struktur...durch den Staat und die Stadtpolitik steuerbar. „Zwar sind durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen die „marktfernen“ Bestände schon rapide abgebaut worden...jedoch können diese Tendenzen durch gesetzliche und politische Maßnahmen gestoppt...werden“ (Häußermann 1998:170).

Heitmeyer (1998) glaubt, dass die Wissenschaft die Segregation von ethnischen Minderheiten in ethnischen Enklaven in ihrer Theoriebildung als einen positiven Faktor für Integration und soziale Eingliederung bewertet. Er meint sogar, dass „...die Anzeichen nachlassender Sprachkompetenz von Erstklässlern“ der türkischen Community Ergebnis einer bewussten Entscheidung zur „Sicherung kultureller Identität“ sei. Andererseits spricht Heitmeyer von einer „erzwungenen oder bisweilen auch politisch gewollten Segregation.“ (Heitmeyer 1998:453), die zu einer neuen „Re-Ethnisierung“ hinführe. Seine Interpretation der Ursachen und Qualität des Generationswandels bei der zweiten und dritten Generation weicht stark ab von der sehr differenzierten Beobachtung von Schiffauer (1998), der nicht von Re-Ethnisierung spricht, sondern von einem Wunsch nach Anerkennung. Die Theoretiker der multikulturellen Gesellschaft, die im Sinne des Verfassungspatriotismus von Habermas und der Akzeptanz und Anerkennung (aber „ohne Artenschutz“), bzw. ohne eine Reifizierung von Kultur und kultureller Zugehörigkeiten wie bei Schiffauer (s.o.) argumentieren, sind von einem Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung noch nicht wahrgenommen worden. Bei Heitmeyer (1998) wird die Anerkennung von „kultureller Differenz“ gleichzeitig interpretiert als ein Plädoyer für Segregation.

Trotz dieser unterschiedlichen Ursachenanalyse ist Heitmeyer einer der wenigen Sozialwissenschaftler, der auf die „knapp bemessenen Reichweiten in der Schul- und Bildungspolitik“ für die zweite und dritte Generation in den ethnisch „segregierten“ Wohngebieten Bezug nimmt. Gerade hier ist mehr Forschung über die Entwicklung innerstädtischer Strukturen notwendig, die die historische Entwicklung der Institution Schule und der Bildungspolitik in einen Kontext des Wandels von Arbeitsmarkt und Qualifikationsstrukturen stellt.

6 Schlussfolgerungen

Versuchen wir abschließend die skizzierten Debatten zur Zukunft der Gesellschaft anwendungsorientiert im Hinblick auf neue Handlungsfelder für die sozialpolitische Arbeit zu resümieren. Mit der Zukunft der Wissensgesellschaft und der Mobilität waren zwei Debatten angesprochen, die starke Impulse von der technischen Entwicklung erhalten und sich auch gegenseitig sowohl substitutiv als auch katalytisch beeinflussen. Stärker von gesellschaftlichen Entwicklungen geprägt mit deutlichen Rückwirkungen und Bezügen auf technologische Veränderungen sind die Debatten über die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft.

Die Debatten um die Wissensgesellschaft nennen immer wieder auch Handlungsbedarfe und -ansätze für die gesellschaftspolitische Arbeit. Die Gewerkschaften sollten sich an der sozialen Ausgestaltung der Wissensgesellschaft aktiv beteiligen. Sozialpolitischer Druck auf die Setzung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bleibt ebenso notwendig wie in der Vergangenheit, da – im Gegensatz zur Hoffnung einiger Technikoptimisten – in der Wissensgesellschaft Wissen und andere Ressourcen nicht automatisch gerechter verteilt und nachhaltiger genutzt werden als in der Industriegesellschaft. Die sozialpolitischen Akteure werden eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, die Kluft zwischen Informationsbesitzern und Informationslosen zu reduzieren.

Bei dieser politischen Herausforderung können neue Instrumente der Wissensgesellschaft behilflich sein. IuK-T sollten viel stärker auf ihre soziale und kommunikative Nutzbarkeit – z.B. in der Organisation der Interessenvertretung – überprüft und nicht allein der kommerziellen Prägung überlassen werden. IuK-T und Wissensmanagement können wertvolle Beiträge zur effizienten organisationsinternen, interorganisationalen und internationalen Vernetzung der sozialpolitischen Akteure und ggf. ihrer Mitglieder leisten.

In Bezug auf die Mobilität ist eine grundsätzliche Infragestellung des Zusammenhangs von Mobilität und Moderne, von Mobilität, Freiheit und Demokratie überfällig. Das Leitbild der Verkehrsvermeidung hat als gesamtgesellschaftliches Anliegen und auch als normatives Ziel in wissenschaftlichen Debatten in den letzten Jahren allerdings wieder deutlich an Boden verloren. Es war zu negativ, zu wenig mit neuen Chancen, Wachstum und Potentialen verknüpft. Hier bieten sich wichtige Einstiegspunkte für eine zukunftsfähige Mobilität, die im Verkehrsland Deutschland zudem wirtschaftlich von großer Relevanz ist.

Ganz anders stellt sich der Bereich der multikulturellen Gesellschaft dar. Bei der Internationalität haben die Gewerkschaften eine große und viel zu wenig genutzte Vergangenheit. Das Bewusstsein für die globalisierte Welt und die Bereitschaft zu Internationalität und damit Multikulturalität ist bei den Gewerkschaften schon im 19. Jahrhundert groß gewesen, vielleicht größer als heute. Die Integration der sogenannten Gastarbeiter seit den 60er Jahren ist eine der großen Leistungen der Gewerkschaften. Insbesondere die IG Metall hat hier eine für die Gegenwart und Zukunft wichtige Vorbildfunktion. Diese historischen und gegenwärtigen Ressourcen der Gewerkschaften für die gegenwärtige Debatte werden noch zu wenig genutzt.

Das gilt auch für die Debatten über die Zukunft von Gemeinsinn und Gemeinwohl als Vorbedingungen für Debatten über zivilgesellschaftliche Strukturen. Eine zentrale Frage zur Zukunft der Gesellschaft muss lauten, welche politischen Strukturen Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung unterstützen, fördern und/oder anregen. Partizipative Elemente und die Mehrebenendemokratie können hier Entscheidendes leisten.

7 Ausgewählte Literatur

- Bade, K. J. (Hg.) (1992): Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. Verlag C.H. Beck, München.
- Bauböck, R. (1992): „Immigration and the Boundaries of Citizenship“, Centre for Research in Ethnic Relations (Hg.): Monographs in Ethnic Relations No. 4, University of Warwick
- Beck, K., Glotz, P., Vogelsang, G. (2000). Die Zukunft des Internet: internationale Delphi-Befragung zur Entwicklung der Online-Kommunikation. Konstanz: UVK-Medien.
- Benhabib, S. (1999): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung. Fischer Taschenbuch verlag, Frankfurt / Main.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft). (1997). Neue Technologien. Basis für Wohlstand und Beschäftigung. Bonn.
- Bommes, M. (1998): Migration und Ethnisierung in kommunalen Einrichtungen. In: W. Heitmeyer, R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Brauner, J., Bickmann, R. (1996): Cyber Society. Das Realszenario der Informationsgesellschaft: die Kommunikationsgesellschaft. Düsseldorf: Metropolitan.
- Brubaker, J. (Hg.) (1989): Immigration and the Politics of Citizenship in Europe and North America. London: University Press of America
- Brumlik, M. (1990): Bunte Republik Deutschland? Aspekte einer multikulturellen Gesellschaft. In: Blätter, 1 / 1990.
- Chwe, Michael Suk-Young. (1996). Structure and Strategy in Collective Action: Communication and Coordination in Social Networks. Unveröffentlichtes Paper an der University of Chicago, Department of Economics.
- Dangschat, J. S. (1997): Sag' mir wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 27. Jahrgang, Nr. 4 (Dez. 97), Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Dangschat, J. S. (1998): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte im städtischen Raum. In: W. Heitmeyer, R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Dippel, Horst (Hg.): Zuwanderung: Bedrohung oder Bereicherung? Beiträge zur Immigration und Integration in ausgewählten Ländern Westeuropas und Nordamerikas. Münster 1994.
- Dostal, Werner (2000). Mega-Trends: Auswirkungen auf Arbeitswelt und Berufe in der nachindustriellen Gesellschaft. Hintergrundpapier für die Sitzung des technischen Arbeitskreises der VMI in Karlsruhe am 9. Mai 2000. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Drucker, Peter F. (1993). Post-Capitalist Society. New York: Harper Business.
- Edvinsson, L., Brünig, G. (2000). Aktivposten Wissenskapital. Unsichtbare Werte bilanzierbar machen. Wiesbaden: Gabler.
- Esser, H. (1990): Nur eine Frage der Zeit? Zur Eingliederung von Migranten im Generationen-Zyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierin zu erklären. In: H. Esser, J. Friedrichs (Hg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen, 1990.

- Esser, H. (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital. In: W. Heitmeyer und R. Dollase (Hg.): Die bedrängte Toleranz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Faist, T. (1997): Migration und Transfer sozialen Kapitals oder: Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten ? In: L. Pries (Hg.): Transnationale Migration; Reihe Soziale Welt / Band 12, Nomos, Baden-Baden.
- Fietkau, H.-J., Renz, A., Trelle, M. (2001). Online-Mediation in öffentlichen Konfliktlagen. Zeitschrift für Konfliktmanagement, 3/2001, S. 132-135.
- Finkelkraut, A. (1987/89): La défaite de la pensée. Paris, 1989.
- Frey, P. (1997). Fehlstart in den Stau. Bild der Wissenschaft, 3, 52-56.
- Fried, A., Baitsch, C. (1999). Mutmaßungen zu einem überraschenden Erfolg – Zum Verhältnis von Wissensmanagement und organisationalem Lernen. In Klaus Götz (Hrsg.), Wissensmanagement: zwischen Wissen und Nichtwissen (S. 33-46). München: Hampp.
- Friedrichs, J. (1998): Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten ? Neuere Befunde der Stadtsoziologie zum Verhältnis von Einheimischen und Zugewanderten in Deutschland. In: Wilhelm H. , R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Fülgraff, G. (1998). Entschleunigung. In Klaus Backhaus, Holger Bonus (Hrsg.), Die Beschleunigungsfalle oder der Triumph der Schildkröte. Stuttgart.
- Geißler, H. (1990): Zugluft. Politik in einer stürmischen Zeit. München, 1990.
- Gieseke, M. (1996). Die Mythen der Buchkultur und die Versprechungen der Neuen Medien. In: Rainer Lindenmann (Hrsg.): Von der Moderne der Renaissance. Was uns im 21. Jahrhundert erwartet. S. 283-300. Cadolzburg.
- Glutz, P. (2001). Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Grote, A., Malley, J. (1997). Schwergewicht. Der PC hinterläßt enorme Spuren in der Umwelt. c't, 5, 170-173.
- Habermas, J. (1992): Staatsbürgerschaft und nationale Identität. In: J. Habermas, Faktizität und Geltung, Frankfurt / Main, 1992.
- Habermas, J. (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Hansen, Randall: Citizenship and immigration in post-war Britain. The institutional origins of a multicultural nation. Oxford: Oxford Univ. Press 2000.
- Häußermann, H. (1999): Stadtentwicklung und Zuwanderung – Wandel des Integrationsmodus? In: H. Wendt und A. Heigl (Hg.): Ausländerintegration in Deutschland. Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw); Berlin, 14./15.10.1999. Erschienen beim Bundesinstitut Bevölkerungsforschung / Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Häußermann, H. (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass“? In: W. Heitmeyer, R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Häußermann, H. und I. Oswald (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: Leviathan, Sonderheft Zuwanderung und Stadtentwicklung, Nr. 17/1997, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

- Heckmann, F. (1981): Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart: Klett-Cotta
- Heckmann, F. (1994): Ethnische Vielfalt und Akkulturation im Eingliederungsprozeß. In: K. Bade (Hg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. Verlag C.H. Beck, München; S. 38-43 und 148-163.
- Heitmeyer, W. (1996): Ethnisch-kulturelle Konfliktodynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen. In: W. Heitmeyer, R. Dollase (Hg.): Die bedrängte Toleranz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Heitmeyer, W. (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: W. Heitmeyer, R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Hoffmann, L. (1996): Der Einfluß völkischer Integrationsvorstellungen auf die Identitätsentwürfe von Zuwanderern. In: W. Heitmeyer und R. Dollase (Hg.): Die bedrängte Toleranz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Honneth, A. (1992): Kampf um Anerkennung. Frankfurt / Main 1992.
- Hottelet, U. (2001). Das Büro als Big Brother-Container? Überwachung der Internetnutzung am Arbeitsplatz. Telepolis 2001: <http://www.heise.de/tp/deutsch/archiv/> (Stand: 25.5.2001).
- Kaßbaum, B. (2000). Arbeiten und Lernen in Betriebsräte-Netzwerken – Erfahrungen aus der IG Metall. In Arbeit Bildung Forschung e. V. (Hrsg.), Veränderung als Status Quo: Wissensmanagement – Coaching – Netzwerke. Dokumentation der Fachtagung 2000 des ABF e.V (S. 41-52). Berlin.
- Kleinsteuber, Hans J. (1999). Elektronische Demokratie: Visionen einer technischen Erneuerung des politischen Systems? Webportal der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie: <http://www.hgdoe.de/pol/fuenf.htm> (Stand: 10.7.01).
- Kubicek, H., Hagen, M. (1999): Gesellschaftliche Partizipation per Internet? Zur Anschlußbedürftigkeit interaktiver Medien. Online: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/hagen/partizipation/home.html> (Stand: 10.7.01).
- Leggewie, C. (1990): Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Rotbuch Verlag, Berlin.
- Leggewie, C. (1994): Das Ende der Lebenslügen. Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik. In: K. Bade (Hg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. Verlag C.H. Beck, München; S.55-60 und 213-225.
- Leggewie, C. (1997). Zivilisierung des Cyberspace. In: Telepolis 1997: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/pol/8021/1.html> (Stand: 10.7.01).
- Leggewie, C. (2000). David gegen Goliath: Seattle und die Folgen. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 48/2000, 3-4.
- Lenk, K. (2001). Transparenz, Willensbildung, Abstimmungen: Verfahrensinnovationen für mehr Demokratie. Vortrag auf dem Kongress „Internet – Eine Chance für die Demokratie?“, 3. Mai 2001 im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin. Online: <http://www.uni-oldenburg.de/fb3/lehre/lenk> (Stand: 10.7.01).
- Loch, D. (1998): Soziale Ausgrenzung und Anerkennungskonflikte in Frankreich und Deutschland. In: W. Heitmeyer, R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.

- MacMorrow, Kieran: The economic consequences of ageing populations. A comparison of the EU, US and Japan. Brussels: European Commission 1999 (Economic papers, Bd. 138).
- Medosch, Armin (1997). Gespräch mit Anthony Giddens: Sprachrohr der radikalen Mitte. Interview mit Anthony Giddens am 25.11.1997. Telepolis – Magazin der Netzkultur. Spezial 1996/97: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/eco/6198/1.html> (Stand: 23.5.01).
- Miksch, J. (1989). Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfachheit. Frankfurt, 1989.
- Mishel, L., Bernstein, J. (1992). The State of Working America 1992-93. Washington D.C.:
- Moldaschl, M. (1998). Internalisierung des Marktes. Neue Unternehmensstrategien und qualifizierte Angestellte. In Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1997. Schwerpunkt: Moderne Dienstleistungswelten (S. 197-250). Berlin: Edition Sigma.
- Musterd, S. und W. Ostendorf, M. Breebaart (1997): Muster und Wahrnehmung ethnischer Segregation in Westeuropa. In: Leviathan, Sonderheft Zuwanderung und Stadtentwicklung, Nr. 17/1997, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Nauta, L. (1992): „Changing Conceptions of Citizenship“, Praxis International 12:1.
- Nefiodow, Leo A. (1996). Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. St. Augustin: Rhein-Sieg-Verlag.
- Oberndörfer, D. (1991): „Die offene Republik als Staatsform der Zukunft. Die Voraussetzungen multi-ethnischer Gesellschaften in Deutschland und Europa“, in: P. Braitling, W. Reese-Schäfer, (Hg.): Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen. Philosophen und die Politik, Fischer TB, S. 167-200
- Oberndörfer, D. (1994): Multikulturalismus in der Einwanderungsgesellschaft. In: Klaus Bade (Hg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. Verlag C.H. Beck, München; S. 34-38.
- Oberndörfer, D. (1994): Politik für eine offene Republik: Die ideologischen, politischen und sozialen Herausforderungen einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft. In: Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. Verlag C.H. Beck, München; S. 133-146.
- Öko-Institut (Hrsg.) (1997). Umweltschutz im Cyberspace. Zur Rolle der Telekommunikation für eine nachhaltige Entwicklung. Freiburg: Öko-Institut-Verlag.
- Piel, E. (1996). Immer mehr Bücher, immer mehr Leser? Zur Entwicklung des Leseverhaltens. Bertelsmann Briefe, Heft 136, S. 52.
- Poltermann, A. (2001). „Wissensgesellschaft“: Thesen und Themenfelder. Web-Portal „Bildung 2010“ der Heinrich-Böll-Stiftung: <http://www.bildung2010.de/literatur/polter2.pdf> (Stand: 28.5.01).
- Postman, N. (1988). Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt a.M.
- Preissler, H., Riegel, G. (1999). Ökologische Aspekte der „Informationsgesellschaft“. Forschungsbericht der Abteilung Forschung und Technologie (FT4/G) der DaimlerChrysler AG Berlin.
- Preuß, U.K. (1993): „Citizenship and Identity: Aspects of a Political Theory of Citizenship“, in: H. Dörrenbächer; K. Kramer und St. Baughman (Hg.): „Migration in Europe: Challenges and Opportunities“, The Stanford Berlin Symposia on Transition in Europe, June 3-5.
- Probst, G., Raub, S., Romhardt, K. (1997). Wissen managen: wie Unternehmen ihre wertvollste Ressource optimal nutzen. Wiesbaden: Gabler.

- Radtke, F.-O. (1993): Multikulturalismus – ein Gegengift gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus? In: Manfred Heßler (Hg.): Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft – Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Reihe Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa / Band 3, Hitit Verlag, Berlin.
- Regierender Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei (Hrsg.). (2000). Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. Berlin: Regioverlag.
- Reheis, F. (1996). Die Kreativität der Langsamkeit. Neuer Wohlstand durch Entschleunigung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Reich, R. (1993). Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt:
- Rex, J. (1998): Multikulturalität als Normalität moderner Stadtgesellschaften. Betrachtungen zur sozialen und politischen Integration ethnischer Minderheiten. In: W. Heitmeyer, R. Dollase und O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Rifkin, J. (1997). Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Roehl, H. (2000a). Instrumente der Wissensorganisation. Perspektiven für eine differenzierende Interventionspraxis. Wiesbaden: Gabler.
- Roehl, H. (2000b). Wissensorganisation: Möglichkeiten – Grenzen – Instrumente. In Arbeit Bildung Forschung e. V. (Hrsg.), Veränderung als Status Quo: Wissensmanagement – Coaching – Netzwerke. Dokumentation der Fachtagung 2000 des ABF e.V (S. 21-28). Berlin.
- Romhardt, K. (2000). Veränderung als Status Quo. In Arbeit Bildung Forschung e. V. (Hrsg.), Veränderung als Status Quo: Wissensmanagement – Coaching – Netzwerke. Dokumentation der Fachtagung 2000 des ABF e.V (S. 7-20). Berlin.
- Rötzer, F. (1997a). Cyberterrorismus oder virtuelle Spaß-Guerilla? Ein fingierter Virusanschlag auf Yahoo zeugt von einer neuen Strategie im medialen Markt der Aufmerksamkeit. Telepolis 1997: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1346/1.html> (Stand: 25.5.01).
- Rötzer, F. (1997b). Informationsguerilla? Die Media Foundation, der Kauf-Nix-Tag und der Kampf gegen die geistige Umweltverschmutzung. Telepolis 1997: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1335/1.html> (Stand: 25.5.01).
- Rötzer, F. (1998). Bildung in der globalen Wissensgesellschaft. Telepolis 1998: <http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/2558/1.html> (Stand: 25.5.01).
- Rötzer, F. (1999). Arbeiter, vernetzt euch! US-Gewerkschaftsverband will sich durch die Vernetzung der Mitglieder besser organisieren und größere politische Macht erwerben. Telepolis 1999: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/5365/1.html> (Stand: 25.5.01).
- Sackmann, R. (1997): Migranten und Aufnahmegesellschaften. In: Leviathan, Sonderheft Zuwanderung und Stadtentwicklung, Nr. 17/1997, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Schiffauer, W. (1997): Kulturalismus vs. Universalismus. Ethnologische Anmerkungen zu einer Debatte. In: W. Schiffauer, Fremde in der Stadt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt / Main.
- Schulte, A. (1990): Multikulturelle Gesellschaft – Chance, Ideologie oder Bedrohung ? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 23-4, 1990.
- Siebel, W. (1997): Die Stadt und die Zuwanderer. In: Leviathan, Sonderheft Zuwanderung und Stadtentwicklung, Nr. 17/1997, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Tapscott, D. (1998). Netkids. Die digitale Generation erobert Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden.

- Taylor, C. (1993): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. S. Fischer Verlag, Frankfurt / Main.
- taz – Die Tageszeitung (2001). Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht. Eine Gendatei, die alle Männer erfasst, hätte zwar kaum noch stigmatisierende Wirkung, wäre aber rechtlich unverhältnismäßig. taz Nr. 6395 vom 13.3.2001, S.3. Bericht: Christian Rath.
- taz – Die Tageszeitung (2001). Soziale Probleme. Die Rundumüberwachung per Videokamera ist in einigen britischen Gemeinden bereits Realität. taz Nr. 6404 vom 23.3.2001, 17.
- Tenzer, G. (1997). Mit neuen Medien zur Umweltentlastung. In Altner, G., Mettler-von-Meibom, B., Simonis, U. E., von Weizsäcker, E. U. (Hrsg.), Jahrbuch Ökologie 1997 (S. 188-199). München:
- Turner, B. (1993): „Contemporary Problems in the Theory of Citizenship“, in: ders. (Hg.): Citizenship and Social Theory, London: SAGE Publications.
- UBA – Umweltbundesamt (1994). Jahresbericht 1994. Berlin:
- UNDP – United Nations Development Programme (Hrsg.) (1999). Global Public Goods – International Cooperation in the 21st Century. New York.
- UNESCO/ICSU (1999). Declaration on Science and the Use of Scientific Knowledge. World Conference on Science, Version adopted by the Conference, 2.7.1999:
http://www.unesco.org/science/wcs/eng/declaration_e.htm .
- Vieth, P. (1995). Kontrollierte Autonomie: Neue Herausforderungen für die Arbeitspsychologie. Heidelberg: Asanger.
- Wallace, Paul: Altersbeben. Wie wir die demografische Erschütterung in Wirtschaft und Gesellschaft meistern werden. Frankfurt: Campus 1999.
- Walzer, M. (1993): Kommentar. In: Charles Taylor, Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. S. Fischer Verlag, Frankfurt / Main.
- Weltbank (1998). Weltentwicklungsbericht. Entwicklung durch Wissen. Washington.
- Willke, Helmut (1997). Dumme Universitäten, intelligente Parlamente. In: Ralph Grossmann (Hrsg.): Wie wird Wissen wirksam? iff-Texte, 1997. New York: Springer, S. 107-109.
- Willke, Helmut (1998a). Organisierte Wissensarbeit. In: Zeitschrift für Soziologie, 27. Jg., Heft 3, S. 161-177. Auch im Internet unter: <http://www.uni-bielefeld.de/pet/zfs.html> (Stand: 22.5.01).
- Willke, Helmut (1998b). Systemisches Wissensmanagement. Stuttgart: UTB/Lucius & Lucius.
- World Commission on Environment and Development (Hrsg.) (1997). Our Common Future. Oxford: OUP.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wirbt für die Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft. Sie tritt dafür ein, Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten zu erweitern.

Beratung und Schulung

Die Stiftung berät und qualifiziert Betriebs- und Personalräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, Männer und Frauen, in wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten, in Fragen des Personal- und Sozialwesens, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Gestaltung neuer Techniken, des betrieblichen Arbeits- und Umweltschutzes.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu den Themen „Wirtschaftswandel und Beschäftigung im Globalisierungsprozess«, „Soziale Polarisierungen, kollektive Sicherung und Individualisierung“ und „Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik«. Das WSI-Tarifarchiv dokumentiert das Tarifgeschehen umfassend und wertet es aus.

Forschungsförderung

Die Abteilung Forschungsförderung der Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu den Themen Strukturpolitik, Mitbestimmung, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Die Forschungsergebnisse werden in der Regel nicht nur publiziert, sondern auf Veranstaltungen zur Diskussion gestellt und zur Weiterqualifizierung von Mitbestimmungsakteuren genutzt.

Studienförderung

Ziel der Stiftung ist es, einen Beitrag zur Überwindung sozialer Ungleichheit im Bildungswesen zu leisten. Gewerkschaftlich oder gesellschaftspolitisch engagierte Studierende unterstützt sie mit Stipendien, mit eigenen Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktikantenstellen. Bevorzugt fördert die Stiftung Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Ihre Arbeitsergebnisse und Dienstleistungen veröffentlicht die Stiftung über Veranstaltungen, Publikationen, mit PR- und Pressearbeit. Sie gibt zwei Monatszeitschriften heraus: „Die Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen«, außerdem die Vierteljahresschrift „South East Europe Review for Labour and Social Affairs (SEER)«Network und EDV-Informationen für Betriebs- und Personalräte«.

Hans-Böckler-Stiftung
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 0211/7778 - 225
www.boeckler.de

Mitbestimmungs-, Forschungs-
und Studienförderungswerk
des DGB

**Hans Böckler
Stiftung** ■■■

